Nr. 7 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 10. Januar 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Von Genf nach dem Haag

Berlin. **Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung durch Vermittlung des deutschen Geschäftsträgers im Haag beim Ständigen Internationalen Gerichtshof eine neue Klage gegen die polnische Regierung anhängig gemacht hat. Diese Klage stützt sich auf die Minderheitsbestimmungen der Genfer deutsch-polnischen Konvention vom 15. Mai 1922 und bezieht sich auf den bekannten oberschlesischen Schulstreit.**

•

Der oberschlesische Schulstreit oder besser gesagt die Unterbindung der Rechte der oberschlesischen Eltern, allein die Bestimmung zu treffen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, soll nun vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zur Entscheidung kommen. Man wird gut daran tun, die Hoffnungen auf diese Entscheidung nicht zu hoch zu spannen, wenn wir das bisherige Fiasko der Minderheitenpolitik und nicht zuletzt das unselige Genfer Kompromiß vom März vorigen Jahres berücksichtigen. Gewisse deutsche Kreise, die da glauben die Verteidigung des Deutschtums in Erbpacht genommen zu haben, waren damals der Ueberzeugung, daß die Entscheidung endgültig war und haben sich sogar bemüßigt gefühlt, für dieses Kompromiß Herrn Stresemann telegraphisch zu danken, um dessen damals wankende Position gegenüber den Deutschnationalen zu stärken. Wir haben dieses Kompromiß in jeder Hinsicht beleuchtet und darauf verwiesen, daß es nicht darauf ankommt, was beschlossen worden ist, sondern darauf, wie es polnischerseits gehandhabt wird. Der Völkerbund hat bekanntlich den Schweizer Schulfachmann nach Oberschlesien entsandt, der die Kinder nachprüfen sollte, wie weit sie fähig sind, in die deutsche Minderheitsschule aufgenommen zu werden. Damals war man der Ansicht, daß sich diese Nachprüfungen nur auf die Kinder des Schuljahres 1926 und 1927 beziehen werden, nicht aber auch auf das Schuljahr 1927—28, wie es jetzt praktisch polnischerseits versucht wurde und Herr Maurer im Einverständnis mit dem Völkerbund durch die Gemischte Kommission diese Nachprüfungen bereits vorgenommen hat. Der deutsche Volksbund hat in Genf erneut gegen diese Art der Auslegung des Märzkompromisses protestiert und in seiner Septembertagung hat man schließlich den Beschluß gefaßt, die ganze Angelegenheit der Rechtsauslegung nach dem Haag vor das Internationale Schiedsgericht zu überweisen. Das Genfer Kompromiß, auf welches man so stolz war, hat sich also als eine Falle für die oberschlesischen Eltern erwiesen und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die polnische These der Nachprüfungen der zur Minderheitsschule angemeldeten Kinder auch durchsetzen wird. Jedenfalls sind nach der Zusammensetzung des Internationalen Gerichts Illusionen sehr wenig am Platze.

Es handelt sich um das Elternrecht, also darüber, wer zu bestimmen hat, in welche Schule ein Kind seinen Unterricht nehmen soll. Nach der einwandfreien Darstellung der Rechtsverhältnisse in der Genfer Konvention, die für uns Oberschlesier in Frage kommt, unterliegt es keinem Zweifel, daß niemand das Recht hat, die Eltern irgendwie zu bestimmen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken sollen und niemand das Recht hat, die Entscheidung oder besser die Bestimmung der Eltern in irgend einer Form nachzuprüfen. Als im Jahre 1925 die Anmeldungen zur deutschen Minderheitsschule das gewohnte Maß überstiegen haben, versuchte man polnischerseits zunächst die Dinge mit einem gewissen Terror beantworten zu müssen, auf die Eltern wurde ein Druck ausgeübt und nicht zuletzt mußten sogar die Väter der angemeldeten Kinder die Arbeitsstätte verlassen, weil sie ihre Kinder in die Minderheitsschule geschickt haben. Die Eltern blieben aller Unterdrückung zum Trotz standhaft, so daß schließlich das Genfer Kompromiß im März 1927 zustande kam. Aber bei dieser Gelegenheit sei mit Nachdruck verwiesen, daß die erste Instanz und zwar Herr Calonder als der Vorsitzende der Gemischten Kommission, sich die Auslegung der Genfer Konvention zu eigen machte, der ihr innewohnt, also den Eltern das Entscheidungsrecht vorbehält. In Genf wollte man darüber hinaus und ist auf eine Revision der Calonderschen Entscheidung eingegangen ohne die oberschlesischen Minderheitseltern zu befragen, wie sie sich zu dieser Revision stellen. Man glaubte den Entscheidungen des Völkerbundes und darf sich jetzt nicht wundern, daß der Berichterstatter zur oberschlesischen Schulfrage, der Südamerikaner Urutia die Auslegung zugunsten der polnischen These vollzogen hat, welches nunmehr die deutsche Klage vor dem Internationalen Schiedsgericht im Haag nach sich gezogen hat.

Polnischerseits ist aber durch diesen geschickten Schachzug dadurch ein Erfolg erzielt worden, als inzwischen eine Anzahl der Eltern müde des langen Hinauszögerns, teils ihre Kinder unter Versprechungen oder kleinem Druck selbst in die polnische Schule geschickt haben, teils sind die Kinder durch die Prüfungen des Schweizer Schulmanns Maurer der polnischen Schule überwiesen worden. Wie es oft dabei zugegangen ist, wollen wir nicht näher beleuchten, wir müssen diese Prüfungen entschieden ablehnen, nachdem wohl die polnischen Behörden ihre Schulmänner zu solchen Prüfungen teilweise geschickt haben, während hierzu kein Vertreter der deutschen Minderheiten hinzugezogen worden ist. Und wenn man schon nachprüfen will, dann ist der oberschlesische Boden dafür die ungeeignetste Stelle, zumal hier das Verhältnis Nation, Sprache und Kultur niemals den sonst üblichen Begriffen angepaßt werden können. Aber es soll nicht unsere Aufgabe sein, auf dieses Thema näher einzugehen.

Die Schulstreitfrage brauchte nicht diesen Weg zu gehen und es brauchte nicht ein ganzes Jahr gewartet zu werden, sondern man hätte statt des Märzkompromisses in Genf sofort diese klare Rechtsentscheidung zur Begutachtung nach dem Haag überweisen sollen. Durch die Regelung in Genf ist erst der polnischen Regierung die Gelegenheit gegeben worden, die Sache weiter hinauszuschieben. Denn es ist klar, daß die Angelegenheit am 6. Februar, dem Zusammentritt des Internationalen Schiedsgerichts nur zur Kenntnis genommen wird und wieder vertagt, zumal sich die polnische Regierung vorbehalten wird, die deutsche Klage zu beantworten, was wiederum bis Juli oder gar Oktober zu den wahrscheinlich nächsten Tagungen des Schiedsgerichts verlegt oder erfolgen wird. So ist aus einer klaren Rechtsentscheidung Calonders durch das Unverständnis deutscher Stellen, der Schulstreit in Oberschlesien hinausgeschoben worden. Das mußte so kommen, wenn gewisse Stellen glauben ohne vorherige Verständigung mit dem Gesamtdeutschtum als die einzigen Vertreter vor dem Völkerbund in Genf auftreten zu können. Aber im März 1927 wollte man noch nicht glauben, daß die Dinge so laufen werden.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Elternrecht in jeder Beziehung gewahrt werden muß. Weder der Völkerbund, noch die polnische Regierung, noch das Internationale Schiedsgericht haben in dieses Familienrecht dreinzureden. Nicht diese Instanzen, sondern die Eltern übernehmen die Verantwortung und Ernährung der Kinder und sie sind vor ihrem Gewissen sich allein verantwortlich und haben die Erziehung des Kindes zu bestimmen. Wir sind Gegner jeder Germanisation polnischer Kinder, aber nachdem die Genfer Konvention den polnischen Eltern das gleiche Recht zugesteht zu entscheiden, in welche Schule sie ihr Kind schicken wollen, so hat ihnen keine Instanz darin etwas dreinzureden. Aber die Frage deutsch oder polnisch ist in Oberschlesien mit dem System gewaltsamer Polonisierung nicht entschieden. Und die polnische Regierung hat bei der Regelung der Minderheitenfrage mit Danzig dieselbe Meinung vertreten, wie sie jetzt deutscherseits vertreten wird, also, daß die Eltern das alleinige Bestimmungsrecht haben, in Oberschlesien will man nun etwas anderes. Aber warten wir die Dinge in Ruhe ab. Man verlasse sich aber nicht allein auf das Recht, denn auch bei dem Internationalen Schiedsgericht sprechen Dinge von Minderheitenfragen mit, die sich nicht auf Deutschland und Polen allein beschränken, sondern auch Italien und Frankreich, Belgien und England betreffen und da wird man dem „Elternrecht" eine ganz andere Bedeutung zuweisen, als es im Sinne des klaren gewohnten Rechts zu bestimmen ist. —U.

Der Aufmarsch der Parteien

Bisher fünf Listen eingereicht — Unsere Wahlliste (P.P.S.) ist die Nr. 2

Warschau. Im Verlauf des Sonnabends sind beim Hauptwahlkomitee in Warschau fünf Staatslisten eingereicht worden. Die erste Liste ist die „unparteiische" Regierungsliste der moralischen Sanierung und dem Vizepremier Bartel als Spitzenkandidat, dem die Minister Skladkowski, Stankiewicz, Zaleski und Kwiatkowski als Kandidaten folgen.

Die Liste Nr. 2 ist die Liste der P. P. S. mit dem Genossen Daszynski als Spitzenkandidat, weitere Kandidaten sind die Genossen Barlicki, Zulawski, Niedzialkowski, Kurytowski, Marek; ferner zwei deutsche Sozialisten aus Lodz.

Die Liste 3 hat die „Wyzwolenie" eingereicht. Ihre Kandidaten sind die früheren Abgeordneten Malinowski, Stolarski, Wosnicki und Dr. Putek.

Die Liste 4 reichte der jüdisch-sozialistische „Bund" ein mit dem Genossen Dr. Erlich als Spitzenkandidat.

Die 5. Liste ist von der Poale Sion als zweite jüdisch-sozialistische Liste eingereicht worden.

Man erwartet im Verlauf des Montags weitere Listen und schätzt den Parteiaufmarsch auf insgesamt 15 Listen. Gegenüber den 23 Listen der vorherigen Wahlen immerhin ein Fortschritt zur Parteikonstellation in Polen.

Woldemaras über die polnisch-litauischen Verhandlungen

Warschau. In einem Interview mit dem vor zwei Tagen nach Kowno gekommenen Vertreter der Amtlichen Polnischen Telegraphenagentur Pat, erklärte Woldemaras, daß er in bezug auf den Termin der polnisch-litauischen Verhandlungen Vorschläge von seiten Polens erwarte. Falls Polen nicht über Wilna verhandeln wolle, könne man Verhandlungen über die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten beginnen. Die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Völkern sei durchaus diskutabel, da er kein Hindernis sehe, polnisches Petroleum sowie Lodzer Fabrikate einzukaufen. Auch Postverkehr mit Polen wäre möglich, wenn das Wilnagebiet davon ausgeschlossen würde, denn der Annahme von Briefen nach Wilna durch die Litauische Post fehle eine Anerkennung der durch die Botschafterkonferenz festgesetzten Grenzen. Im weiteren Verlauf betonte Woldemaras nochmals, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und Polen in weitestgehendem Maße angeknüpft werden könnten, falls den derartigen Verträgen das Wilnagebiet aufgenommen würde. Litauen wünsche im übrigen Polen stark zu sehen, da die Stärke Polens über die Existenz Litauens entscheide. Bezüglich der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen, erklärt Woldemaras, daß er einen polnischen Gesandten nur in Wilna empfangen könne.

Einigung über die Regierungsbildung in Danzig

Danzig. Die vor einigen Tagen abgebrochenen Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Deutsch-Liberalen haben gestern zu einer Einigung und zur Bildung einer Regierungskoalition geführt. In allen wesentlichen Punkten ist eine grundsätzliche Verständigung erzielt worden. Bei der geplanten Aenderung des Senatssystems hat man sich im großen und ganzen an die Hamburger Verfassung angelehnt. Danach würde der Senat in seiner jetzigen Form von hauptamtlichen und parlamentarischen Senatoren bestehen bleiben. Die Zahl der Senatoren soll aber verringert werden. Während bisher die hauptamtlichen Senatoren auf 4 Jahre fest angestellt waren, sollen sie künftig auf unbestimmte Zeit verpflichtet, aber ebenso wie die parlamentarischen Senatoren vom Vertrauen des Volkstages abhängig sein. Neben dieser Verkleinerung und Umgestaltung des Senates soll auch eine Verkleinerung des Volkstages und zwar von 120 auf 72 Abgeordnete erfolgen. Man hofft, daß die Wahl der neuen parlamentarischen Senatoren in einer der nächsten Sitzungen des Volkstages stattfinden kann.

Frankreich erwartet weitere Verhandlungen mit Amerika

Paris. Wie das Echo de Paris wissen will, hat Briand gleichzeitig mit seiner Antwort an Kellogg in der Frage eines „ewigen" Friedenspaktes zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich dem französischen Botschafter in Washington ausführliche Instruktionen für die weiteren Verhandlungen erteilt. Im allgemeinen wird hier besonders in den rechtsstehenden französischen Kreisen der Kellogg-Briandsche Gedankenaustausch über einen ewigen Frieden als gescheitert angesehen, obwohl die offiziösen französischen Meldungen aus Washington optimistisch klingen.

Stalin predigt den Malayen

Amsterdam. Rundfunkamateure von der Westküste Sumatras melden, daß sie eine Rede Stalins, die wahrscheinlich in Moskau durch Rundfunk verbreitet wurde, sehr klar aufnehmen konnten. Stalin wandte sich in dieser Rede gegen die Opposition, die der Regierung kapitalistische Neigungen, ungenügende Unterstützung des chinesischen Kommunismus und Beziehungen zu dem kapitalistischen Auslande, anstelle einer Vorbereitung der Weltrevolution vorwerfe. Stalin antwortete darauf mit den bereits bekannten Gegenargumenten.

Die Deutschen in Paris

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang Januar 1928.

Seit vor zehn Monaten die Kommunistenangst in Frankreich begann, in erschreckender Weise um sich zu greifen, kommen Ausweisungen „lästiger Ausländer“ in Massen vor, doch werden dabei die Deutschen nie irgendwo besonders benachteiligt.

Die Zahl der in Paris ständig anwesenden Deutschen wird von der Deutschen Botschaft auf etwa 500 Personen geschätzt. Sie beläuft sich aber in Wahrheit auf sicher das Zehnfache. Eine genaue Uebersicht darüber gibt es jetzt nicht mehr, da die wegen der Militärpflicht vor dem Krieg notwendige Eintragung jedes in Paris sich niederlassenden Deutschen jetzt nicht mehr nötig ist. Gerade in dem abgelaufenen Jahr hat die Deutsche Botschaft zu Paris mehr Festlichkeiten veranstaltet als in den vorangegangenen Zeiten. Das lag zum Teil auch an der Abhaltung verschiedener Kongresse in Paris, so des internationalen Gewerkschaftskongresses und der Tagung der Interparlamentarischen Union. Am 11. August vorigen Jahres gab es für die Pariser Deutschen eine erste Verfassungsfeier, die ein erstes Mal nach dem Kriege in großem Stil begangen wurde. Der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, hielt dabei eine Ansprache, die ausklang in ein „Hoch auf den deutschen Reichspräsidenten“. Auch der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten wurde von der Deutschen Botschaft im Rahmen der noch nicht ganz fertig gebauten neuen Pariser „Deutschen evangelischen Christuskirche“ gefeiert.

Nachdem vor zwei Monaten die Truppe des Deutschen Theaters in deutscher Sprache den „Lebenden Leichnam“ und „Hamlet“ spielte, fanden in den letzten Monaten fast jede Woche Konzerte oder Tanzabende von deutschen Künstlern statt, erst letzthin im Dezember von Oskar Fried, bei dessen Konzert der Kriegsminister Paul Painlevee anwesend war, der noch ganz selten manchmal an seine pazifistische Vergangenheit zurückdenkt. Auch der Pariser „Deutsche Klub“, die einzige deutsche Vereinigung in Paris, die unter Leitung unseres Pariser Korrespondenten Kurt Lenz steht, gab vor einem Monat einen größeren Konzertabend, bei welchem der Berliner Violinist Erwin Wollner erfolgreich auftrat. Ferner gibt es bereits eine „Deutsche Vereinigung“ in Grenoble. Der Deutschen Botschaft scheint es nicht so recht zu sein, daß ein Sozialist an der Spitze des parteipolitisch neutralen „Deutschen Klubs“ steht, und so wendet sie sich mehr der „Pariser Deutschen Studentenvereinigung“ zu und einem gewissen „Deutschen Hilfsverein“, der erst in der Gründung begriffen ist und der die Aufgabe haben soll, die Deutschen, die Arbeit suchen, vor einer Reise nach Frankreich zu warnen.

Seit Anfang Januar gibt es nun auch eine erste „Deutsche sozialistische Gruppe zu Paris“. Sie wurde von dem Unterzeichneten gegründet. Schon vor dem Kriege gab es einen sehr bekannten „Sozialistischen Leseklub“ hier. Auch Marx und Engels wirkten bei dessen Anfängen mit. Der Leseklub besaß eine schöne Bibliothek und ein großes Archiv, aber das scheint verschwunden zu sein, und deren Spuren wird man wohl vergeblich suchen. Es gilt einen völligen neuen Aufbau. In einer ersten von dem Unterzeichneten einberufenen Versammlung der neuen „Deutschen sozialistischen Gruppe zu Paris“ sprach Donnerstag der deutsche Reichstagsabgeordnete Genosse Kurt Rosenfeld über die kommenden Wahlen in Deutschland. Jean Longuet, der Enkel von Karl Marx, präsidierte die Versammlung, die so glänzend besucht war, daß viele Genossen noch auf der Treppe, die zum Versammlungssaal führt, stehen mußten. Es war dies eine der ersten und ganz wenigen öffentlichen Volksversammlungen, bei denen ein Deutscher in deutscher Sprache in Paris das Wort ergriff. Die Zeitungen berichten daher auch an wichtiger Stelle über die Versammlung, und „Le Journal“ bemerkt ausdrücklich, daß „kein Zwischenfall vorgekommen“ ist. Vor der Versammlung meldeten sich zwei Kriminalbeamte, die zum Unterschied von gewissen Kriminalbeamten im Süden des demokratischen Landes Baden sich vorher auswiesen und sich nicht, wie es mir bei einer sozialistischen Versammlung in Lörrach vor einigen Monaten passiert ist, unbemerkt in die Versammlung einbogen.

Eine neue große Versammlung der „Deutschen sozialistischen Gruppe zu Paris“ wird vielleicht bereits Ende dieses Monats stattfinden. Die Redaktion der Pariser Sozialistenzeitung „Populaire“ hat sich freundlicherweise bereit erklärt, unserer Gruppe, in der sich alle deutsch sprechenden Pariser Arbeiter vereinen (Oesterreicher, Schweizer, Tschechen, Deutsche usw)., ein bis zwei Mal im Monat ihre Spalten für die in deutscher Sprache zu veröffentlichenden Gruppenmitteilungen zur Verfügung zu stellen. Es wird die wichtigste Aufgabe der deutschen sozialistischen Gruppe sein, die bewährte Vorkriegstradition des „Pariser sozialistischen Leseklubs“ weiterzuführen und als Beweis zu gelten für das weitere Anwachsen der sozialistischen Bewegung überhaupt.

Kurt Lenz.

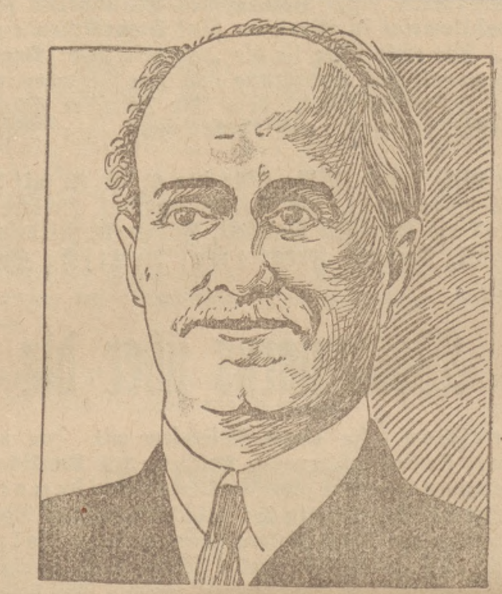
Um die französisch-italienische Verständigung

Einigung auf Kosten Deutschlands?

Paris. Das führende Mitglied der italienischen faschistischen Partei, Franzesco Poppola, äußerte sich in längeren Ausführungen gegenüber dem römischen Vertreter des „Echo de Paris“ über die Ziele der französisch-italienischen Verständigung. Die Auffassung Poppolas läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Frankreich strebe vor allem die Sicherheit am Rhein an, Italien benötige dringend koloniale Ausbreitungsmöglichkeiten. Frankreich möge daher ein Opfer bringen, um es Italien zu erleichtern, daß für seine Bevölkerung notwendige koloniale Absatzgebiet zu finden und Italien werde die französische Sicherheit garantieren. Poppola bemüht sich sodann, nachzuweisen, daß alle bisherigen Versuche Frankreichs, sich die Sicherheit am Rhein zu verschaffen, gescheitert seien. Frankreich habe zuerst an die Aufteilung Deutschlands gedacht, sich sodann um die Garantie Englands und der Vereinigten Staaten bemüht und nach dem Mißlingen dieser Versuche zu der Methode der Einkreisung Deutschlands — kleine Entente und Polen — gegriffen. Dieses System lege aber Frankreich derartige Lasten auf, daß es keineswegs der Hilfe wert sei, die Frankreich erreichen könnte. Im übrigen würde die Freundschaft der Balkanstaaten zu Frankreich die Unzufriedenheit der Großmächte herausfordern. Daher wandte sich Frankreich dem Völkerbunde zu, um auf dem Wege des Protokolls von 1924 alle Staaten für seine Sicherheit zu engagieren. Vergeblich! Der Ausweg über Locarno auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Deutschland seine Ziele zu erreichen, scheine ebenfalls aussichtslos zu sein. Dagegen würde eine Entente zwischen Frankreich und Italien der französischen Sicherheit eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen zur Verfügung stellen. Italien sei bereit, im Westen des Adriatischen Meeres schmerzliche Opfer zu bringen, wenn Frankreich im Osten des Mittelmeeres — gemeint ist Syrien — Italien entgegenkommen würde.

*

Diese Gedankengänge sind an sich nicht neu. Bemerkenswert an ihnen ist nur immer wieder, wie gering man in Italien selbst die Unterschrift Italiens unter den Locarnopakt einschätzt. Auf der anderen Seite freilich ist die auf italienischer Seite festgestellte Einkreisungspolitik Frankreichs gegen Deutschland, worunter offenbar die französische Bündnispolitik der Nachkriegszeit verstanden wird und im Zusammenhang damit die weitere Besetzthaltung des Rheinlandes gleichfalls kein Beweis dafür, daß man in Frankreich die machtpolitischen Aspirationen aufzugeben gewillt ist.

Der neue Präsident des Weltgerichtshofs

Professor Anzillotti (Italien).

Der Italiener Professor Anzillotti ist zum Präsidenten des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haager Friedenspalast als Nachfolger Mr. Hubers (Schweiz) gewählt worden. Die Wahl wird alle drei Jahre vorgenommen, so daß Professor Anzillotti von 1928 — 1931 gewählt ist. A. wird auch über den oberschlesischen Schulstreit zu entscheiden haben.

Eine Kommission zur Untersuchung der russisch-rumänischen Grenzzwischenfälle

Paris. Nach einer Meldung aus Bukarest wird dort demnächst eine gemischte russisch-rumänische Kommission zusammentreten, um die in der letzten Zeit eingetretenen Zwischenfälle an der rumänisch-russischen Grenze am Dnjepr zu prüfen.

Schweres Explosionsunglück in einer Grunewaldvilla

Berlin. Sonntag vormittags gegen ¾10 Uhr, ereignete sich in der Villa des Inhabers der Firma Weingärtner u. Co. in der Parkstraße, in Berlin-Dahlem, in einem der vornehmsten Berliner Wohnviertel, ein Explosionsunglück, das den Tod sowie schwere Verletzungen einiger Hausbewohner zur Folge hatte.

Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Personen getötet, zwei weitere schwer verletzt, während die sechs anderen Hausbewohner mit Nervenchock und mit leichteren Verletzungen davon kamen. Die Explosion ereignete sich in einem Laboratorium, das unmittelbar an das Haus angebaut war. Der zweistöckige Anbau des Hauses wurde bis auf die Grundmauern zerstört und eine gleichfalls eingebaute Garage bis zur Unkenntlichkeit zusammengedrückt. Auch die Villa selbst ist durch die Explosion schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Feuerwehr war bereits wenige Minuten nach der Explosion zur Stelle. Sie rückte mit acht Löschzügen und mehreren Gerätewagen ab. Die Aufräumungsarbeiten konnten glücklicherweise sofort begonnen werden, da Feuer durch die Explosion nicht entstanden war. Die Leiche des ersten Opfers wurde bereits nach kurzem Suchen gefunden. Die Polizei war in kurzer Zeit ebenfalls zur Stelle und sperrte die Unglücksstelle ab. Der Explosionsknall war so stark, daß er in fast ganz Berlin zu hören war.

Kurswechsel in Bulgarien

Noch schärfere Reaktion gefordert!

Sofia. Ein Teil der Regierungspresse, die bisher hartnäckig jede Meldung von einer bevorstehenden Regierungsumbildung dementierte, kündigt jetzt an, daß „der Ruf nach einer gesunden Regierung berücksichtigt und das Kabinett in Kürze durch eine Teilrekonstruktion verstärkt werden“ würde. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich der heftigste Streit um das Innenministerium abspielt, das jetzt Ministerpräsident Liaptscheff verwaltet. Die Faschisten wünschen die Polizeigewalt in „sichere Hände“ und zwar in die Zankoffs oder General Russeffs gelegt. Sie sind mit der Liaptscheff-Parole „Mit Ruhe und mit Gutem“ gegenüber den Linksparteien maßlos unzufrieden. Ihr Ruf nach der sogenannten starken Hand wird deshalb immer dringender.

Bombenattentat bei einem spanischen Fest

Berlin. Wie ein Morgenblatt aus Paris meldet, wurden während eines Festes in Priego de Cordoba, als man ein Feuerwerk abbrannte, von einem Unbekannten, Bomben in die Zuschauermenge geschleudert. Bei der Explosion wurden gegen 12 Personen verletzt. Mehrere von ihnen sind ihren Verletzungen erlegen. Man glaubt, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

10)

Dort war das Atelier. Ein paar Mannequins führten Pariser Moden vor. Er fragte nach Helene; die Direktrice lächelte und zuckte die Achseln. Er beschrieb sie.

„Ja, mein Herr“, gab eine Verkäuferin Auskunft. „Diese Dame habe ich selbst bedient.“

„Wo ist sie?“

„Sie fragte nach dem zweiten Ausgang. Dann bat sie mich, ein Auto zu bestellen. Ich selbst habe sie hinuntergeleitet.“

„Sie ist also abgefahren?“

„Gewiß, mein Herr. Schon vor zehn Minuten.“

Mit taumelnden Schriten ging er zur Treppe. Er streift unsanft ein paar Frauen, die eben den Fahrstuhl verließen; geistesabwesend murmelte er sinnlose Worte der Entschuldigung. Wankend, mit den ziellosen Schritten eines Berauschten ging er die Treppe hinunter. Es war ihm nicht möglich, den Sinn der Dinge zu begreifen; nur dies eine fühlte er: daß in diesem Moment alles zusammenbrach. Die Dinge um ihn herum, der Tag, die Stadt, alles war sinnlos, von einer irren Belanglosigkeit, die über allem lag wie eine unbegreifliche Drohung, der nichts entrinnen konnte. Irgendwo aus den oberen Räumen kam Musik. Er empfand sie wie eine freche Verhöhnung, die ihm fast die Tränen in die Augen trieb. Wie unerträglich die Luft in diesem Hause war! In den schrägen Sonnenstrahlen tanzte der aufgewirbelte Staub; er erfüllte alles. Ja, alles war Staub von Anfang bis Niedergang. Das bißchen Leben, das dazwischen lag, zählte nicht. Ein Windstoß, in einen Schutthaufen gefahren, ließ ihn aufwirbeln in ein paar lächerlichen Zuckungen; aber wenn der Abend kam, wenn die Stürme schlafen gingen, war alles vorbei, und Staub war wieder Staub geworden.

Jemand riß eine Tür auf. Er tat einen tiefen Atemzug und trat, sich gewaltsam zusammenraffend, in den funkelnden Sommerabend hinaus, der erfüllt war von Menschen, von Duft und von Lachen.

Ein paar Schritte tappte er vorwärts. Doch er fühlte: seine Nerven ließen ihn so völlig im Stich, daß es zu einer Katastrophe kommen mußte. Längst mußte sein Verbrechen offenbar geworden sein; es war sicher, daß man ihn bereits verfolgte. Jemand blickte ihn an. Er zuckte zusammen; aber es war nur ein flüchtiger Bekannter, der ihn verwundert grüßte und sich nach ihm umsah. War das wirklich nur Verwunderung über sein Benehmen? Oder wußte man schon? Hier auf dem „Strög“ pflegte Richter Lystrup allabendlich um diese Zeit zu promenieren. Wenn er ihm begegnete, war er verloren. Er bog, fast mit einem Ruck, seitwärts ein: in die Ny Adelgade.

Hier war es ruhiger. Er konnte seinen Gedanken nachhängen. Aber das war schmerzlicher noch als jene Furcht vor dem Ungewissen.

Er hatte sich wie ein blinder Narr von einer Abenteurerin dupieren lassen. Als gute Menschenkennerin hatte sie — das gehörte wohl zu ihrem Metier — erkannt, wes Geistes Kind er war: seine Sehnsucht hatte sie erkannt und seine Schwächen und klug, mit eisiger Klugheit, auf sie spekuliert. Was galt es ihr, daß sie das Leben eines Menschen vernichtet hatte?

Zwei Herren kamen ihm entgegen, die er zu kennen glaubte. Er bog fast instinktiv über den Fahrdamm. So völlig hatte er sich schon seiner neuen Lage angepaßt — wie schnell man umlernte! — Jeder Rückweg war abgeschnitten, darüber war kein Zweifel. Nun war er ein Objekt der Justizmaschine geworden — eine Nummer in der Liste der Steckbriefe. Und das Leben ging weiter seinen Gang, als ob nichts geschehen wäre — lachend schritt es über ihn hinweg. So haardünn war die Grenze zwischen Oben und Unten, zwischen Ehrenmann und Verbrecher. man übersprang sie in einem Moment, da man nicht wußte, was man tat — in einem kleinen Augenblick des Rausches — und auf einmal, ohne jeden Uebergang, gewahrte man: daß es kein Zurück mehr gab.

So irrte er durch die Straßen, durch Gegenden, die er kaum kannte. Ob sie wohl schon auf sein Nachhausekommen warteten? Ueberflüssige Frage! Seltsam: wie von dieser anderen Seite, auf der er jetzt stand, alle Dinge so völlig anders aussahen! Eine sichere, behagliche Existenz hatte er in frevelhaftem Uebermut von sich geworfen. Einen Beruf, der Scharfsinn und Tüchtigkeit erforderte. Ein Leben an der Seite einer jungen schönen Frau, in Reichtum und Luxus, war ihm wie eine unerträgliche Fessel erschienen. Konnte er nicht Ebba, sobald sie dem Einfluß ihres Vaters entzogen war, aus puritanischer Erziehung langsam zur Lebensfreude führen? Und Gamberg? Eines Tages würde er sich zur Ruhe setzen — das bedeutete für den Schwiegersohn volle Freiheit des Handelns, Herrschaft über ein großes Vermögen! Zitternde Kälte stieg in ihm empor, erfüllte ihn langsam wie das Gefühl einer übermächtigen Scham, die alles andere verdrängte.

Die Reue, diese stumme, würgende, tränenlose Reue wuchs. Während er mit bebenden Gliedern, zerschlagen, übermüdet dem Morgen entgegenwanderte, überkam ihn allmählich grenzenlose Gleichgültigkeit. Er mußte begreifen, was er getan hatte, er hatte eine Nacht lang Zeit dazu gehabt. Nun hörte die Selbsttäuschung auf. Alle Dinge wurden mit ihrem Maß gemessen; er mußte einstehen für das, was er verbrochen hatte. Zu Hause wartete man auf ihn, das war sicher. Er wollte heimgehen, sich den Häschern zu ergeben.

Schüchterne Morgensonne lag über der Straße. Alles war wie sonst: die Jalousien waren geschlossen, schnurgerade, im ganzen Hause, hinter allen Fenstern. So war das Haus zur Rechten, so war das Haus zur Linken. Die Fassade blinkte von Sauberkeit. Man sah: in diesen festgefügten Häusern wohnte behagliches Bürgertum, das sich seiner Arbeit und seiner Muße freute, bewußt seines Wertes, von einer freundlichen, ein wenig kühlen Kultur.

Halt: schimmerte nicht ein Licht zwischen den Stäben? Ja: dieses ungewohnte Licht bedeutete die große Veränderung. Dies brennende Licht, das sich strahlend und unbarmherzig in die Morgendämmerung bohrte — dieses Licht blickte nach ihm aus. Wartete auf ihn.

Er gab sich einen Ruck und ging ins Haus.

Frau Mortensen kam ihm entgegen, aufgeregt, mit verweinten Augen. „Gott sei Dank!“ seufzte sie, als sie ihn ansah.

„Nun, Frau Mortensen?“

Sie lachte. Gerührt erkannte er, daß es ein fast glückliches Lachen war.

„Wo sind sie?“ stieß er hervor.

Sie sah ihn verständnislos an.

Er blickte verwirrt um sich. Dort war das Licht: in seinem Zimmer. „Wann sind sie gekommen?“

Besorgt sah ihm die Alte ins Gesicht. „Sie sind krank, Herr Doktor, ganz sicher; ich werde an Doktor Stroem telefonieren.“

Er schüttelte den Kopf, ihre Verständnislosigkeit machte ihn noch ratloser. „War denn niemand hier?“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der lästige Präsident

Nicht alle Präsidenten werden durch besondere Gesetze und Verordnungen geschützt und die, die dieses Schutzes entbehren, müssen sich selbst persönliche Anrempelungen gefallen lassen. Zu den Letzteren gehört der Beaufragte des Völkerbundes, Präsident Calonder, der hier in Oberschlesien über die Einhaltung der Genfer Konvention zu wachen hat. Er ist für die Nationalisten aller Schattierungen von beiden Seiten der Grenze sehr lästig, was man ihm nach jeder seiner Entscheidung unumwunden ins Gesicht schleudert. Von den internationalen Abmachungen, wird die Beschützung des eigenen Staates verlangt, der infolge einer verfehlten Minderheitenpolitik mit den Nachbarvölkern fortwährend im Streit lebt, selbst aber, wenn es gilt, internationale Abmachungen bei sich durchzuführen, dieselben als lästig und verwerflich empfindet.

Die Entscheidung des Präsidenten Calonder in der Schulangelegenheit in Altendorf wirkte auf die polnischen Nationalisten wie ein Stich ins Wespennest. Herr Rumun, der in Oberschlesien weder gesät noch sonst was und doch erntet, greift in seinem Artikel: „Neue Erzeugung falscher „Voraussetzungen“ in der „Polska Zachodnia“ vom 4. d. Mts. nicht nur die Entscheidung als solche, sondern selbst den Präsidenten Calonder an. Die Entscheidung nennt er Monstrum und Mißgeburt, die nur dank einer Versionkunst von Interpretation ihr Dasein verdankt. Die Interpretation Calonders, die sich auf das „subjektive Wollen“ bezieht, ist nach der „Polska Zachodnia“, einseitig, falsch und weder mit dem Inhalt noch mit dem Geist der Genfer Konvention vereinbart. Herr Calonder offenbart in seinen Entscheidungen den alten Vorrat aus seinem theoretischen Bottich und die neuen Zusätze, die er seinen Auslegungen hinzufügt und die auf Grund der Märzentscheidungen des Völkerbundes ihm erforderlich erscheinen, beweisen, daß der Autor nicht in der Lage ist, das richtige Verständnis und Empfindung für die Fragen zu finden, über die er entscheidet. Für die Interpretationen Calonders bedeutet nach Herr Rumun absolut nichts die wirkliche Objektivität, objektive Bedingungen, die tatsächliche und deklarierte Zugehörigkeit zur polnischen Mundart, dafür aber ist für ihn entscheidend ein Schulantrag, der nicht selten infolge einer gewissenlosen Agitation von Germanisatoren zustandekamen, der dann als „subjektives Wollen“ der Erziehungsberechtigten gilt. Der Fehler einer solchen Interpretation liegt in dem Charakter der Individualität des Entscheidenden und in seinem Hilfsapparat. Ein Glück Calonders, daß er die Versammlungen nicht besucht, in welchen schon mancher Individualitätscharakter einer „Massage“ unterzogen wurde.

Weiter wird dem Präsidenten Calonder vorgehalten, daß er trotz seinem mehrjährigen Aufenthalte in Oberschlesien, den Lebensinhalt und die Verhältnisse nicht genügend begriff, in den historischen Prozeß nicht eingedrungen ist, der die Entwickelung dieser Verhältnisse begleitete und entscheidet nicht auf Grund des nachgeprüften Inhalts der einschlägigen Bestimmungen der Genfer Konvention unter Beobachtung der konkreten Lebenserscheinungen, sondern geht von theoretischen Voraussetzungen aus. Der gedrehte Paragraph auf alle Seiten, erlaubt ihm nicht, den richtigen Sinn und das Ziel zu erblicken. Herr R. sagt, daß ihm die Entscheidung eine scharfe und empörende Bezeichnung gegen den Präsidenten unter die Feder dringe, die er aber noch nicht gebrauchen wolle. Weiter zieht dieser famose „Kollege“ gegen die Mitarbeiter des Präsidenten von der Leber. Sie stammen eben nicht aus Galizien und erfreuen sich daher eines Herrn Rumuns Gunst nicht. Der Herrgott hat aber Vorsorge getroffen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und da werden die Mitarbeiter Calonders kaum durch Jene aus dem polnischen Beamtenlande ersetzt werden.

Der Präsident Dr. Calonder ist ein Beauftragter des Völkerbundes und entscheidet nach Sinn und Wort der Genfer Konvention. Würden die Beleidigungen, die ihm da ein Rumun ins Gesicht schleudert, ungesühnt bleiben, so würde darunter die Autorität des Völkerbundes selbst leiden. Wir wissen nicht, welche Schritte gegen diese unerhörten Beleidigungen der Präsident ergreifen wird, wundern uns aber, daß die Zensur diesen provokatorischen Artikel passieren ließ.

Lohnbewegung der Bergarbeiter in Ost-Oberschlesien

Seit den Jahren 1924 bis 1926 blieben die Löhne der Bergarbeiter um zirka 20 Prozent zu den Teuerungsziffern zurück. Gegenwärtig ist die Arbeit im Bergbau die ausgespannteste. Man kann wirklich nicht mehr aus dem Arbeiter herauspressen und trotzdem wird das immer noch weiter versucht. Die Ernährung ist unzureichend, weil heute fast ein jeder verheiratete Bergmann mehrere erwachsene Kinder in seinem Haushalt unterhalten muß, weil diese nirgends angelegt werden. Der Bergbau hat sich der alten Invaliden, Jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte entledigt, mithin sitzen die Kinder dem Ernährer ohne Verdienst auf dem Hals. Die Lage der Bergarbeiter ist daher eine verzweifelte, die erbärmlichste aller Arbeiter. Aus allen diesen Gründen hat die Arbeitsgemeinschaft den bisherigen Lohntarif gekündigt, um zu einer neuen Lohnregelung Stellung zu nehmen. Eine Vorbesprechung fand am Sonnabend mit der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes statt, wo man die Lohnfrage, Arbeitszeit usw., besprach. Man hat seitens der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes die Wirtschaftslage in der Kohlenindustrie wieder einmal sehr schwarz und dunkel gemalt. England gewinnt seine Kohlenabsatzgebiete wieder zurück und unserer Kohlenabsatz leidet von Monat zu Monat immer schwerer darunter. Wenn das so weiter gehen sollte, dann müssen die Bergwerksverwaltungen weitere Reduzierungen der Arbeiterschaft vornehmen. Nun soll in den nächsten Tagen und zwar am Donnerstag eine Vollsitzung des Arbeitgeberverbandes und der Arbeitsgemeinschaft stattfinden, um die Lohn- und Arbeitszeitfrage zu behandeln des weiteren auch die Lohnunterschiede zwischen dem Zentral- und südlichen Revier zu regeln. Die Höhe der Lohnforderung wird in dieser Sitzung vorgebracht. Die Arbeiterfront ist aber wieder dadurch noch mehr geschwächt, weil der Polnische Zentralverband seinen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft Anfang Dezember 1927 erklärt hatte. Wollen die Bergarbeiter in diesem Jahre noch weitere Rechte nicht einbüßen, dann müssen sie ihre ganzen Kräfte in der Organisation versammeln.

Meineid über Meineid

Ein schwerer Verlegenheitsruf entrang sich am Sonnabend dem bedrückten Gewissen des als Vorsitzender eines Kammergerichtes fungierenden Gerichtsdirektors Miszke in Kattowitz aus Anlaß eines zur Aburteilung stehenden Straffalles wegen Meineid. „Da stehen sie da, die Zeugen, auf der einen und auf der anderen Seite — rief fast händeringend der Direktor —, alle waschechte Katholiken, die sich vor Gott verneigen, die Kirche besuchen und es als bösartige Verleumdung brandmarken lassen würden, wenn ihnen der Vorwurf gemacht würde, daß sie die Beichte vernachlässigen. Aber falsch schwören, ist einem Jeden ein Leichtes. Und wir Richter, sitzen da und sollen urteilen nach unserem besten Gewissen.“

Der Fall, der diesen Verzweiflungsschrei eines Richters auslöste, ist umso bezeichnender, als es sich um Leute aus dem oberschlesischen Volk handelte, das doch allenthalben als das gottgläubigste und kirchentreueste angesehen und bei jeder Gelegenheit proklamiert wird. Um Leute, die sich hundertmal bekreuzen vor dem Angesichte des Allerheiligsten, denen es aber nicht verstößt, Gottes Namen falsch anzurufen, wenn es ihr irdisches Interesse erfordert. Denn, daß in dem besagten Prozeß falsch geschworen wurde, steht außer Zweifel, aber so verschiedenseitig falsch, daß es der Justiz unmöglich erscheint, die gesetzliche Konsequenz gegen die Falschschwörer zu ziehen. So einfach der Fall an sich ist, so verworrener stehen sich die Zeugenaussagen gegenüber. Ein beredtes Kapitel für den Wert der Zeugenaussagen und des grundlegendsten Instruments der heutigen Justiz.

Eine polnische Bauernjungfer strengte einen Prozeß gegen einen jungen Mann aus ihrem Dorfe an, auf Zahlung von Alimentation für ihr uneheliches Kind. Der Mann erklärte vor Gericht, daß es nicht feststehe, daß er der Vater des Kindes sei, da die Klägerin auch zu anderen Männern geschlechtliche Beziehungen unterhielt. Unter Anderem wies er auf einen jungen Mann, einen Fleischhauer, der als Zeuge für diese Behauptung vor Gericht vernommen werden sollte. Der als Zeuge vernommene Fleischhauer versicherte aber unter Eid, daß er niemals eine geschlechtliche Beziehung zu der Klägerin unterhalten hatte. Auf Betreiben des Alimentationsbeklagten wurde nun dem Zeugen wegen falscher Zeugenaussage der Prozeß gemacht, in dem er sich am Sonnabend eben zu verantworten hatte.

Wieder beteuerte er als Angeklagter, daß er jederzeit einer Beziehung zu der Jungfrau ferngestanden sei, die zu einer geschlechtlichen Folge geführt hätte. Auch die Jungfrau gab unter Eid an, daß sie niemals eine derartige Beziehung mit dem Angeklagten gehabt hätte. Demgegenüber sagte, ebenfalls unter Eid, eine Schwester des Alimentationsbeklagten aus, daß sie selbst Zeuge der Beziehung zwischen dem Angeklagten und der Jungfrau gewesen sei, und führte sogar Kennzeichen dafür an. Desgleichen gaben beeidete Aussagen ab, der Alimentationsbeklagte, der Vater desselben und entfernte Verwandte desselben, daß die Jungfrau es auf den Alimentationsbeklagten abgesehen habe, weil sie ihn zum Manne bekommen wollte, und daß sie sich sogar gerühmt hätte, sie müsse ihn, auch gegen seinen Willen, zum Mann bekommen. Mehrere Zeugen erklärten unter Eid, darunter auch die Brotherrn, bei denen die Jungfrau bedienstet war, daß der Angeklagte als Fleischhauer geschäftlich zu Schweineeinkäufen oft bei ihnen war, daß es aber niemals zu einer intimen Beziehung zwischen ihm und der Jungfrau gekommen war.

Der Angeklagte selbst macht einen sehr guten Eindruck. Seine Aussagen waren fest und bestimmt und zeugten von einer soliden Intelligenz. Hingegen waren die Aussagen der Gegnerpartei, insbesondere der als Kronzeuge auftretenden Schwester des Alimentationsbeklagten, nicht frei von einer inneren Beklemmung und wiesen auch mancherlei Ungereimtheiten auf.

Dem Gericht war es schwer, unter den vielerlei beeideten, gegenteiligen Zeugenaussagen die einwandfrei richtige Auslese zu treffen. Auf einer der beiden Seiten mußte unbedingt falsch geschworen worden sein. Aber auf welcher? Auch der Staatsanwalt konnte nicht umhin, in seinem Endplädoyer, auf dieses für ihn unentwirrbare Dilemma hinzuweisen, mit dem Beifügen, daß er am liebsten, eine der beiden Parteien sofort wegen Meineides verhaften lassen möchte. Er könne aber die Meineidigen nicht herausfinden. Und deshalb überlasse er es dem Gericht, die Wahl nach seinem Ermessen zu treffen.

Nach längerer Beratung entschied sich das Gericht für die Glaubwürdigkeit des Angeklagten und seines Zeugenanhanges und sprach den Angeklagten frei. Aber viel falsch geschworen wurde in diesem Prozeß, wie kaum jemals. (jt.)

Die Wahlmillionen

Das dumme Volk braucht einen Köder auf den es wieder und wieder verfällt. Hauptsächlich vor den Wahlen wird den Arbeitslosen viel über die Arbeiten die da in Angriff genommen werden erzählt. Auf dem Papier entstehen unzählige Häuser, in welchen alle Wohnungsuchenden eine Wohnung finden werden. Den Hungrigen verspricht man Brot und alles mögliche. Tatsächlich werden den Armen auch einige Brocken hingeworfen, damit ihre Unzufriedenheit besänftigt wird. So war es bei den letzten Kommunalwahlen gewesen und dürfte auch bei den bevorstehenden Sejmwahlen aller Voraussicht nach eintreten.

In der vorigen Woche brachte die polnische Presse eine Meldung, das uns eine große Anleihe in der Höhe von 100 Millionen Zloty winke. Wir brauchen nur zuzugreifen. 100 Millionen Zloty könnten uns allen aus der Patsche helfen, uns Arbeit, Wohnungen und Brot verschaffen. Doch muß man sie zuerst haben und das ist keine einfache Sache. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Warschau einen amerikanischen Finanzkontrolleur haben, der bereits sein Veto gegen Anleihen für Häuserbau eingelegt hat, „Ich erlaube nicht“ würde da allerdings mit anderen Worten zum Ausdruck gebracht und das gilt für Polnisch-Schlesien genau so, wie für Warschau. Man hat das wahrscheinlich in Kattowitz auch verstanden weil das Sanazjaorgan die „Polska Zachodnia“ am Sonntag von nur 2½ Millionen Zloty spricht, die für verschiedene wirtschaftliche Investitionen bestimmt sind. Die 2½ Millionen Zloty und davon 1 650 000 Zloty für die Fertigstellung der bereits angefangenen Arbeiterkolonien, und für die dringendsten Investitionen bestimmt, werden von dem genannten Blatte als Erfolg des schlesischen Wojewoden gefeiert. Ein Erfolg krönt den andern und auf der anderen Seite laufen Tausende und Abertausende hungernd und frierend herum.

Aus dem Schlesischen Sejm

Die nächste Sitzung des Schlesischen Sejm findet am Mittwoch, den 11. Januar statt. Zur Beratung stehen drei Vorlagen, und zwar der Gesetzentwurf über die Errichtung einer kommunalen Kreditbank, die Novelle zum Wirtschaftsfonds sowie ein Gesetzentwurf über die Abschätzung von Grundstücken.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der Wojewodschaft wird die Zahl der Arbeitslosen bald wieder die 50 000 erreichen. In der Zeit vom 28. Dezember 1927 bis 4. Januar 1928 sind 853 Arbeitslose zugekommen, so daß jetzt schon 44 069 Arbeitslose insgesamt gezählt werden. Davon waren nur 25 285 unterstützungsberechtigt.

Hilfeleistung bei Erfrierungen

So schaurig-kalte Wintertage, wie sie uns heuer beschieden sind, können schon manchen unverhofft vor die Aufgabe stellen einem Erfrierenden Samariterdienste leisten zu müssen. Verirrte im Schneesturm, Verunglückte, Erschöpfte sind, besonders, wenn sie Alkohol genossen haben, nur zu oft der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt.

Wer einen Erfrorenen auffindet, bleich und kalt der ganze Körper, nur an Nase und Mund, Händen und Füßen ein bläulicher Schimmer, der muß Wiederbelebungsversuche machen. Unwissenheit des Samariter kann hier dem Verunglückten geradezu den Rest geben! Darum die allerwichtigste Warnung: Bringt Erfrorene nicht gleich in warme Räume. Sie gehen sonst sicher zugrunde! Vorsichtig, ohne brüske Bewegungen, soll man den Erfrorenen zuächst in einen geschlossenen, aber kalten Raum tragen. Vorsichtig ihn entkleiden, damit man die steifen Glieder nicht zerbreche. Und wenn nun Schnee zur Hand ist, so reibe man den ganzen Körper damit ab. Jede gewaltsame Massage gefährdet aber wieder die Knochen des Erstarrten oder reißt ihm die Haut in Fetzen vom Leibe. Statt des Schnees können auch naßkalte Tücher zur Abreibung verwendet werden. Oder man setzt den Patienten in ein recht kaltes Bad, und wenn die Glieder beweglicher werden, beginnt man mit künstlicher Atmung.

Wenn in dem erstarrten Körper noch Leben ist, dann wird nun der Samariter bald mit Freude bemerken, daß sein Patient selbständig zu atmen anfängt. Jetzt ist es an der Zeit, ihn in ein leicht erwärmtes Zimmer zu tragen. Dort wird der Wiedererweckte mit kalten Decken oder Leintüchern zugedeckt und nach einiger Zeit, allmählich, wird er mit wärmeren Tüchern abgerieben und gleichzeitig das Zimmer langsam wärmer angeheizt.

Durch Riechmittel, wie: offene Zwiebeln, Hoffmannstropfen, Salmiakgeist, durch innere Reizstoffe, wie Alkohol, schwarzer Kaffee, kann dann der Gerettete weiter ins Bewußtsein zurückgerufen und belebt werden.

Oft kommt es vor, daß nur einzelne Glieder oder Körperteile erfroren sind. Abgesehen von der künstlichen Atmung, ist in so einem Fall ganz dieselbe vorsichtige Behandlung anzuwenden. So ein Glied ist leider oft in Gefahr, „brandig“ zu werden und abzusterben. Es bleibt dann trotz des Abreibens ohne Gefühl, wird blau und bekommt Blasen. Diese Blasen sollen vollkommen sauber mit Verbandstoff verbunden werden. Der Körperteil wird womöglich in hoher Schwebelage gehalten oder durch eine Stauungsbinde mit Blut angereichert. Dann aber heißt es, möglichst rasch den nächsten Arzt erreichen.

Die Wählerlisten einsehen!

Die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahlen liegen vom 2. bis 15. Januar 1928 öffentlich aus. Jeder Wähler muß sich unbedingt überzeugen, ob er in der Wählerliste enthalten ist und auch seine Familienangehörigen und Bekannten. Jeder, der keinen Ausweis, ob er wahlberechtigt ist, besitzt, besorge sich diesen sofort.

Börsenkurse vom 9. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91 ¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.25 zł
	1 Dollar	=	8.91 ¾ zł
	100 zł	=	46.92 Rmk.

Sport vom Sonntag

Slonsk Schwientochlowitz — Amatorski Königshütte 5:2 (1:1).

Wo dem 1. F. C. nur ein Unentschieden gegen A. K. S. gelang, so gelang es dem Kreisligameister Slonsk einen hohen Sieg gegen Amatorski herauszuholen. Anfangs gehörte das Spiel dem A. K. S., welcher mit voller Mannschaft sowie auch Slonsk antrat. Die Schwientochlowitzer konnten sich nicht zusammenfinden, um ein rationelles Spiel vorzuführen. In dieser Zeit hatte dessen Tormann viel zu tun. Doch langsam tauen die Slonsker auf und der A. K. S.-Tormann, Schäfer, hatte Gelegenheit, sein Können zu beweisen. Erst in der zweiten Halbzeit hat Slonsk sich richtig zusammengefunden und wird jetzt der gefährliche Angreifer, was Amatorski zwingt zu verteidigen und nur in seltenen Fällen gelingt es den Außenstürmern einen Angriff vorzubringen, welcher jedoch an der guten Verteidigung von Slonsk zerschellt. In kurzen Abständen erzielt Slonsk durch Palka, Spruß, Markiefka und Tomas die siegbringenden Tore. Amatorski kann dem nur zwei Tore gegenstellen, wovon ein Tor Mikisch erzielte und das zweite war ein Eigentor, welches der Verteidiger von Slonsk verschuldete.

Zalenze 06 — Naprzod Lipine 3:3 (1:2).

Trotzdem das Spielfeld einem Sumpf glich und beide Mannschaften mit Ersatz antraten, so war das Spiel nicht arm an interessanten Momenten. Naprzod hatte wohl etwas mehr vom Spiel, was daraus zu ersehen ist, da es noch 10 Minuten vor Schluß 3:1 zu seinen Gunsten stand. Im Endspurt gelang es erst den Zalenzern das unentschiedene Resultat herzustellen. Hervorzuheben wäre der Verteidiger Großmann (06), welcher diesmal im Sturm spielte und zwei Tore erzielte, das dritte schoß Christ. Für Lipine waren Zug, Breitscheid und Nastulla erfolgreich.

06 Res. — Naprzod Res. 10:2.

Myslowitz 06 — Slonsk Siemianowitz 5:2 (1:2).

Dieses Spiel nahmen sich die Myslowitzer sehr leicht, speziell der Tormann, welcher die beiden Tore, welche haltbar waren, aus Leichtsinn durchließ. Erst der Vorsprung durch Slonsk brachte die Myslowitzer zur Besinnung. Von da ab zeigten sie ihr gewohntes Spiel. In der zweiten Halbzeit fiel Slonsk dem Tempo der 06er zum Opfer, und mußte es zulassen, daß die Myslowitzer nur auf ein Tor spielten.

Polizei Kattowitz — Sparta Piekar 1:2 (0:2).

Noch nie sah man in Piekar, trotz des Regens soviel Zuschauer bei einem Spiel, wie bei diesem. Sparta hatte mehr vom Spiel, was wohl daraus zu ersehen ist, daß die Polizei stark durch Ersatz geschwächt war.

Diana Kattowitz — Kolejowy Kattowitz 1:2 (1:0).

Dieses Spiel war die 60-Minuten-Nachspielzeit, welches seinerzeit mit 1:0 zugunsten Dianas abgebrochen wurde. Das Nachspiel brachte einen verdienten Sieg von Kolejowy.

Orzel Josefsdorf — Sportfreunde Königshütte 5:2 (3:2).

Nach einer Reihe von Niederlagen, kommen die Josefsdorfer wieder in Form was man wohl aus dem einwandsfreien Siege über den großen Gegner ersehen kann.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater Katowice. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu dem am Montag, den 9. Januar 1928, abends ½8 Uhr, stattfindenden Konzert Paul Benders, Schüler gegen Ausweis, Karten zu ermäßigten Preisen erhalten. Die Theaterkasse ist täglich von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Dienststunden beim Magistrat. Seit einigen Tagen sind die Dienststunden beim Magistrat in Kattowitz wieder in der früheren Weise festgesetzt worden und zwar von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. An den Sonnabenden werden die städtischen Büros um ½2 Uhr geschlossen.

Nachträgliche Auszahlung für Sozialrentner. Am Mittwoch, den 11. Januar, vormittags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr, erfolgt beim städtischen Wohlfahrtsamt in Kattowitz, ul. Mlynska 4, Zimmer 8 (1. Stockwerk), die nachträgliche Auszahlung der Weihnachtsunterstützung an diejenigen Sozialrentner, welche bei der ersten Auszahlung nicht berücksichtigt wurden bezw. die Unterstützung nicht abgeholt haben. Ausdrücklich wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß sich an dem Auszahlungstage nur Sozialrentner einzufinden haben, denen seitens des Magistrats eine besondere Aufforderung zugestellt worden ist, wogegen andere Personen grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Es erweisen sich daher die Anmeldungen von Rentnern, welche die Aufforderung nicht erhalten haben und demzufolge auch nicht vorlegen können, als zwecklos.

Spiel mit Menschenleben! Das Palastkino auf der Sedanstraße, eines der ältesten Kattowitzer Kinos, hat seine Notausgänge, nach dem Hofe des Hauses, und von da aus führte früher der Weg durch die Einfahrt des Grundstücks auf die Straße. Dieser Weg besteht nun plötzlich nicht mehr; wie man sich durch Augenschein überzeugen kann, ist die Verbindung zwischen Hof und Einfahrt durch eine sonst zwecklose Mauer versperrt. Es scheinen also hier wieder einmal Hausagrarierinteressen die Oberhand über die zum Schutze von Menschenleben notwendige Sorgfalt bekommen zu haben; denn daß für die Besucher des Kinos im Falle eines Brandes so starke Gefahr für Leben und Gesundheit besteht, müßte jedem einsichtigen Menschen klar sein. Wie sollen, wenn z. B. im Vorderhaus ein Feuer wütet, die Menschen besonders von den billigen Plätzen nahe der Leinwand das Freie gewinnen? Wie soll die Feuerwehr evtl. zu einem Brandherd im Kino selbst gelangen? Es scheint uns in diesem Falle wieder einmal an der nötigen behördlichen Kontrolle zu fehlen. Im Stadttheater, wo ein Platz 4 oder 5 Zloty kostet, wird wohl genügend für die Sicherheit der Besucher gesorgt werden; hier dagegen handelt es sich ja nur um Proleten! Wenn dann aber einmal durch derartige Nachlässigkeit ein Riesenunglück passiert ist, wie jetzt z. B. die große Explosion im Proletarierhaus in Berlin, dann können sich die Behörden nicht genug tun vor — Beileidskundgebungen. Gründliche Wandlung tut hier not: Erlaß strenger Vorschriften für derartige Gefahrenherde, schärfste Kontrolle, um deren Beachtung zu erzwingen, und drakonische Strafen für ihre Uebertretung.

Neuer Stenographiekursus. Der Verein für Einheitskurzschrift in Katowice eröffnet am Montag, den 16. Jan. 1928, abend 7½ Uhr, einen Anfängerkursus. Anmeldungen werden entgegengenommen am Dienstag, den 10. Jan. und Freitag, den 13. Jan. d. Js., abends ½8 Uhr in der Mittelschule, ul. Szkolna, Zimmer 39.

Verlierer können sich melden! Beim städt. Fundbüro in Kattowitz, ulica Mlynska 4, Zimmer 7 ist ein schwarzes Geldtäschchen mit Inhalt, sowie eine Knappschafts-Legitimationskarte, lautend auf den Namen Antonie Nendza (Aussteller, Knappschaftsältester Klucz-Zalenze) über monatliche Rentenbezüge in Höhe von 20,65 Zloty, als gefunden abgegeben worden.

Hinter verschlossenen Türen. Gegen den 40jährigen Arbeiter Theodor G. aus Schoppinitz, welchem Sittlichkeitsdelikte, vorgenommen an seinen beiden minderjährigen Töchtern zur Last gelegt worden sind, wurde vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz am vergangenen Sonnabend verhandelt. Der Beklagte wurde für schuldig erkannt und zu insgesamt 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Königshütte und Umgebung

Die Zahl der Wähler im 38. Wahlbezirk. Die Gesamtzahl der Wähler für den 38. Wahlbezirk (Königshütte, Schwientochlowitz, Tarnowitz, Lubliniẓ) beträgt 189 934 Personen für den Sejm, und 127 328 Personen für den Senat. Davon entfallen auf den Stadtkreis Königshütte zum Sejm 39 768, zum Senat 27 421 Personen, auf Schwientochlowitz zum Sejm 103 655, zum Senat 68 732 Personen, auf Tarnowitz zum Sejm 28 577, zum Senat 19 195 Personen, auf Lublinitz zum Sejm 17 934, zum Senat 11 980 Personen. Nach Ablauf der Listenauslegung dürfte sich die Zahl um einiges erhöhen. Die Einsichtnahme in die Wählerlisten läuft am Sonntag, den 15. Januar einschließlich ab. Um nicht seines Wahlrechtes verlustig zu gehen, kann nur die Einsichtnahme allen Wahlberechtigten, die ihre Stimmen auf die Liste der vereinigten deutschen und polnischen Sozialisten vereinigen wollen, dringend empfohlen werden, da manchmal geringe Fehler von der Wahl ausschließen. Die Kommissionen amtieren täglich von 9—12 und von 5—8 Uhr abends in den bekannten Wahllokalen. Gegenwärtig wurde von der Einsichtnahme gerade von der Arbeiterschaft sehr wenig Gebrauch gemacht. Darum hole man das Versäumte noch in den letzten Tagen nach.

Eine Beratungsstelle. Auf der ulica Wandy 68 (Charlottenstraße) ist vom Roten Kreuz eine Beratungsstelle eingerichtet worden. Daselbst wird lungenkranken Personen jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8—10 Uhr vormittags, durch den Leiter Dr. Spyra kostenlos Rat und Auskunft erteilt. Untersuchungen werden nur jeden Dienstag von 6—7 Uhr abends vorgenommen.

Stipendien für arme Akademiker. Zwecks Gewährung von Stipendien an bedürftige Akademiker aus Königshütte, hat der Magistrat eine Summe von 5000 Zloty zur Verfügung gestellt. Das Einreichen der Gesuche muß spätestens bis zum 10. Januar einschließlich, geschehen. Hierbei sind anzugeben: Vor- und Zuname, Geburtsdatum und Ort, Beruf, Art des Studiums, Vermögens- und Verdienstverhältnisse der Eltern, ein Führungszeugnis der akademischen Behörde und das letzte Prüfungszeugnis.

Zwei Helden. In einer Restauration von Spiskowicz an der ulica Ligota Gornicza Nr. 2 (Bergfreiheitstraße) gerieten zwei jüngere Burschen in einen Streit, worauf es zu einer Rauferei kam und dabei ein Billard stark beschädigten. Bis zum Eintreffen der Polizei, sind die beiden „Helden" leider unerkannt entkommen.

Von einem Auto überfahren. In der Nähe des Ostfeldes der Skarboferme, wurde beim Ziehen eines mit Kohle beladenen Handwagens, eine gewisse Frau Kaluza aus Chorzow von einem Lastauto der Skarboferme überfahren, wobei ihr beide Beine gebrochen wurden. Die Verunglückte, Mutter von sechs Kindern, wurde in das Gemeindekrankenhaus in Chorzow überführt. Der Lenker des Autos, sonst ein nüchterner, anständiger Mensch, ist trotzdem ein Pechvogel, denn es ist bereits der zweite Fall, wo er Personen überfahren hat.

Verkauf einer Kühlmaschinenanlage. Infolge Neuanschaffung einer Kühlmaschine in der städtischen Markthalle, hat die alte Anlage auf dem Wege der Versteigerung, die Firma Schachtel aus Krakau für den Preis von 5010 Zloty erworben.

Tabakwarendiebstahl. Auf dem Transport von Kattowitz nach Königshütte, stahlen unbekannte Täter von einem Wagen eine Kiste mit Tabakwaren der Großhandelsfirma Oszek aus Königshütte gehörig, im Werte von 1200 Zloty. Trotz der Größe des Objektes verschwanden die Täter unerkannt.

Was so alles gestohlen wird. Bei einem Vergnügen in „Zwei Linden" stahl man zum Schluß desselben einen Läufer aus dem Treppenaufgang. — Aus einem Keller auf der ul. Sienkiewicza 5 Zentner Kartoffeln und Sauerkraut und aus einer Garderobe einen Damensweater.

Siemianowitz

Wahlblüten. Daß es unbedingt nötig ist, in die Wählerlisten einzusehen, geht daraus hervor, daß am hiesigen Ort in der Parkstraße von 11 Einwohnern eines Hauses 4 Mieter in den Wahllisten nicht aufgeführt waren. Es soll an dieser Stelle absolut keine böse Absicht zum Vorwurf gemacht werden, aber mehr Sorgfalt gehört zu der Anlegung der Listen. Unter den Vergessenen befinden sich Bürger, die hier geboren sind und bereits über 60 Jahre am Orte leben.

Zwei schwere Unfälle in der Laurahütte. Im Gasrohrwerk ereigneten sich zwei schwere Unfälle beim Abfahren von Hüttenschlacke. Beim Ausdrehen der Kippwagen auf der Drehplatte, rissen mehrere Wagen ab und brachten dem Arbeiter Otremba einen Oberschenkelbruch und dem Arbeiter Wrobel schwere innere Verletzungen, Quetschung der rechten Hand, sowie des Kopfes, bei. Beide fanden Aufnahme im Hüttenlazarett.

Hoher Besuch. Der frühere Sanierungsminister, Grabski, weilte am Dreikönigstage bei seinem Exkollegen Kiedron zu einem verwandtschaftlichen Besuch.

Unwahre Gerüchte. Nach unseren Informationen entspricht es nicht den Tatsachen, daß dem Brauereibesitzer Mokrski, der sich bei dem letzten Autounfall einen doppelten Beinbruch zugezogen hat, beide Beine amputiert worden sind. Herr M. befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung.

Tragischer Tod. In geistiger Umnachtung stürzte sich die 24jährige Tochter des früheren Fleischkonsumverwalters Fritsch vom Balkon im 2. Stock herunter. Der Tod trat auf der Stelle ein. Fräulein Gertrud F., hat infolge einer Erkrankung an Genickstarre in jüngeren Jahren, eine geistige Lähmung zurückbehalten, die sich jetzt so tragisch ausgewirkt hat. — Plötzlich verschied beim Einkauf auf dem Wochenmarkte der 73jährige Invalide Simon Sieronski infolge eines Herzschlages. Er konnte nur als Leiche nach Haus gebracht werden..

Ladenbrand. Am Mittwoch früh entstand vor Eröffnung des Ladens um 8 Uhr früh, in dem Laden Ksiengarnia Polska, gegenüber „Prince of Wales", auf nicht erklärliche Weise ein Ladenbrand. Durch Eingreifen der Einwohner des Hauses konnte das Feuer noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden. Da in dem Laden viel Papierwaren aufgespeichert waren, ist der Schaden bedeutend.

Verhaftung von beurlaubten Schwerbestraften. Seinerzeit berichteten wir von einem großen Ladeneinbruch, wobei eine Masse Eier mitgegangen sind, ebenso von verschiedenen Stalleinbrüchen. Es gelang der Polizei, die Diebe zu stellen und zwar befinden sich darunter zur Zeit beurlaubte Gefängnisinsassen. Es wurden festgenommen: Woitynek August, vorbestraft mit 15 Jahren Gefängnis wegen Mordes, vorläufig beurlaubt, ferner Gaisler Johann und Machnik Josef, bestraft mit 15 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Ehrverlust wegen schweren Raubes, vorläufig ebenfalls im Urlaub. Als Hehlerin wurde ermittelt Bochynek Josefa aus Josefsdorf, welche die Beute weiterschob, desgleichen Jaeger Marie aus Chropaczow, die bereits von früher mit den Inhaftierten in Verbindung standen. Die drei mit Bewährungsurlaub vorläufig auf freien Fuß gesetzen Verbrecher haben also die Gutmütigkeit der Behörden schwer mißbraucht.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Antonienhütte. (D. S. A. P. und Bergarbeiter.) Am Freitag, den 6. 1. 1928 fand hier eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung statt. Es zeigte sich hier, daß in der Arbeiterschaft dennoch das Bewußtsein vorhanden ist, mit aller Energie in den zukünftigen Wahlkampf zu treten. Nach der üblichen Eröffnung und Verlesen des letzt zugesandten Rundschreibens seitens des Vorsitzenden erhielt zum 2. Punkt der Tagesordnung der Genosse Matzke, der als Referent erschienen war, das Wort zu seinem Referat. Derselbe ging in seinen Ausführungen von der Plebiszitzeit aus in die heutige Lage des Arbeiterstandes über und appellierte in herzigen Worten an die Anwesenden zu den kommenden Wahlen Stellung zu nehmen. Auch betonte er, die Verbrüderung der beiden sozialistischen Parteien in Polen, die zu diesem Wahlkampf für die Arbeiterschaft endlich nach lang ersehntem Hoffen und Streben zum Ziele gelangt sind. Mit Beifall endeten die Ausführungen des Redners, denen sich eine Diskussion nicht entfaltete. Nur zu Verschiedenem meldeten sich einige Kameraden, denen der Referent nähere Aufklärung zuteil werden ließ. Hierauf erreichte die Versammlung ihr Ende und ein jeder Genosse sowie Kamerad ging mit dem Bewußtsein nach Hause, um bei nächster Gelegenheit diesem Ausbeutertum gegenüber mit der Waffe des Stimmzettels die Rechnung heimzuzahlen.

Friedenshütte. (Gegen das gemeinsame Zerfleischen.) Alle polnischen Vereine in Friedenshütte haben eine Entschließung angenommen, in welcher die beiden polnischen Wahlblocks und zwar der schlesische, katholische Volksblock und die christliche nationale Arbeitsgemeinschaft, aufgefordert werden, angesichts der Gefahr, die von seiten der deutschen nationalen Minderheit droht, sich zu verschmelzen und in gemeinsamer Wahlfront gegen die Deutschen vorgehen. Sollte jedoch eine einheitliche Front nicht mehr möglich sein und für eine einheitliche polnische Wahlliste zu spät sein, dann soll die gegenseitige Bekämpfung, insbesondere die persönliche Gehässigkeit für jeden Fall unterbleiben. Der Wunsch der braven Friedenshütter dürfte nur ein frommer Wunsch bleiben und dem Ruf in der Wüste gleichkommen, was schon daraus entnommen werden kann, daß die maßgebenden Blätter, die die beiden Wahlblocks vertreten, den Beschluß nicht einmal registriet haben. Weder die „Polonia" noch die „Polska Zachodnia" haben von der Resolution der polnischen Vereine in Friedenshütte eine Notiz genommen. Das ist der beste Beweis dafür, daß die beiden Gegner sich im Wahlkampfe messen werden und auf den Kampf nicht verzichten können.

Pleß und Umgebung

Oberlazisk. (Sturmschäden.) In den heutigen Morgenstunden deckte der Nordweststurm das dem Josef Wrobel gehörige Haus ab und schleuderte das Dach auf die Straße. Die auf dem Boden hängende Wäsche der Hausbewohner flog dabei in alle Winde, ohne daß es in der Dunkelheit gelang auch nur ein Stück davon zu retten. Nicht nur der Besitzer, sondern auch die Mieter des Hauses haben dadurch schwere Verluste davongetragen.

Republik Polen

Fabrikbrand in Sosnowice.

Am Sonnabend vormittag brach in der Maschinenhalle der Textilwarenfabrik von Dietel in Sosnowice ein Brand aus, der infolge des heftigen Sturmwindes einen gefährlichen Umfang annahm. Den Bemühungen der zahlreichen Feuerwehren gelang es nach einstündiger Arbeit, das Feuer auf seinem Herd zu beschränken, doch konnte die Vernichtung der Maschinenhalle und wertvoller Maschinen nicht verhindert werden. Der Schaden beträgt über eine Million Zloty. Ueber 1000 Arbeiter werden wochenlang arbeitslos bleiben. — Ebenfalls am Sonnabend morgens gegen fünf Uhr brannte auf der Kollontaistraße ein Wohnhaus nieder. Die Rettungsaktion war dadurch erschwert, daß sämtliche Hydranten eingefroren waren und auch die elektrischen Leitungen, die am Hause angebracht sind, bereits Feuer gefangen hatten. Die Rettungsaktion konnte erst in vollem Umfang einsetzen, als der Strom ausgeschaltet war. Feuerwehren arbeiteten mehrere Stunden, ehe es gelang, den Brand zu löschen. Durch den starken Sturm bestand große Gefahr für die umliegenden Häuser, die jedoch durch die aufopfernde Arbeit der Feuerwehr beseitigt wurde.

Amerikas Friedensmanöver

Imperialismus der doppelten Moral.

Die Großmachtsregierung von Washington sendet 1000 Mann Truppen nach Nikaragua. Sie sollen mit Gewalt eine Rebellion unterdrücken, die sich gegen das Washingtoner Werkzeug, die „Regierung" Diaz erhebt. Am gleichen Tage fast verkündet die gleiche Regierung, „alle Großmächte der Welt für eine gemeinsame Verzichtserklärung auf den Krieg als Mittel nationaler Politik gewinnen zu wollen. Die Regierung Coolidge wiederholt damit, was sie schon vor einem Jahre getan hat: Damals ließ sie ihre Truppen in Nikaragua einmarschieren und lud fast gleichzeitig die Seemächte zu einer Abrüstungskonferenz nach Genf ein.

Die Washingtoner Regierung treibt die Politik der doppelten Moral. Gegenüber dem mittelamerikanischen Kleinstaat führt sie sich auf wie ein Polizeipräsident, der seine Schutzpolizei mobil macht. Die gleichberechtigten Großmächte aber will sie in einem allgemeinen Friedenspakt vereinen. Die herrschende republikanische Partei bereitet die Präsidentsschaftswahlen vor. Sie hat das Ohr am Boden der Bevölkerung. Die „kriegerischen Instinkte der Nation" werden durch die — ungefährliche — Smarineß gegen den mittelamerikanischen Ruhestörer, die pazifistischen Massen der Union mit friedlicher Völkerrechtspolitik befriedigt.

„Die Trommel rührt zum Streite", die Trompete bläst zum Frieden: Wahlmusik für den republikanischen Nationalkonvent, der Coolidges Nachfolger küren und der Nation präsentieren soll, eine Katzenmusik, die unsere Nationalen ebenfalls aufführen würden, wenn sie nur ein Nikaragua zum Erobern hätten.

Der Polizeiaktion gegen Nikaragua ist ein erfolgreiches Ende gewiß; fragt sich nur, wann und mit welchen Kosten es erreicht wird. Ob die Friedensaktion gegenüber den Mächten besser ausgehen wird als die gescheiterte Seeabrüstungskonferenz, steht noch dahin. Jene Frage wird einfach mit Gewalt durchhauen; dank der Monroedoktrin hat Europa keinerlei Einfluß darauf. Mit dieser aber wird bald die Außenpolitik aller Großmächte zu tun haben. Ihre Bedeutung reicht von Washington bis Paris, London, Rom, nach Berlin, ja bis Moskau.

Der innerpolitische aktuelle Anlaß für den Friedensschritt der Vereinigten Staaten liegt klar. Außenpolitisch vereinigen sich hier zwei verschiedene Tendenzen. Die eine ist seit genau zwei, die andere seit einem Jahrzehnt hervorgetreten.

Frankreich versuchte am Ausgang des Weltkrieges gegen die deutsche Revanche einen Bündnisvertrag bei den Vereinigten Staaten durchzusetzen. Den Bündnisvertrag, den Clemenceau mit Wilson — ebenso wie mit Lloyd George — abschloß, ratifizierte der amerikanische Senat nicht — Amerika kehrte zur Tradition der Isolierung zurück. Frankreich suchte und fand schließlich eine Art Ersatz in Locarno; an die Stelle des Bündnisses gegen trat die Verständigung mit Deutschland. Dennoch blieb das nervöse Sicherungsbündnis Frankreichs unersättlich. Wenn schon keinen Bündnis-, dann wenigstens einen Freundschaftsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der für alle Zeiten, wie der Vertrag von Locarno, den Krieg zwischen den beiden Vertragsmächten ausschließt. Einen solchen Vertrag schlug Briand im Juni vor. Ihn lehnt jetzt die eben veröffentlichte Note des amerikanischen Außenministers — des „Staatssekretärs" Kellogg — vom 28. Dezember ab, mit beißend-ironischem Hinweis auf die traditionelle Freundschaft der beiden Mächte, „die glücklicherweise von dem Vorhandensein jedweder Verpflichtung unabhängig ist." Frankreich hat einen Anbiederungsversuch gemacht. Amerika zeigt ihm die kalte Schulter — indem Kellogg erklärt, er benutze die Gelegenheit, „um im Namen des amerikanischen Volkes die freundschaftlichen Gefühle, die das französische Volk durch Exzellenz Briand in dem Vertragsentwurf gezeigt hat, aufs wärmste zu erwidern". Der von Poincaree und Briand entworfene Vertragsentwurf verschwindet in der Registratur des Washingtoner Staatssekretärs. Aus dem Extratanz, den sich die demokratische Partei mit Wilsons Völkerbund geleistet hat, kehrt die republikanische Administration zu der Friedenspolitik früherer republikanischer Administrationen zurück — und entwickelt sie weiter.

Den Sonderpakt mit Frankreich lehnt Amerika also ab. Mit Frankreich im besonderen ist Amerika nur bereit, den alten von Elihu Root geschlossenen Schiedsvertrag von 1908, der eben abläuft, zu erneuern. Dem soll nur eine andere Einleitung vorgesetzt werden, der „die Entschlossenheit der beiden Länder feststellt, jeden Bruch in den seit so lange Zeit bestehenden freundschaftlichen Beziehungen untereinander zu vermeiden". Stärker will sich Amerika gegenüber Frankreich nicht binden.

Aber die Rücksicht auf die Antikriegsstimmung breiter Massen treibt die Regierung Coolidge weiter. Im vergangenen Herbst war als Folge der Genfer wochenlangen Beratungen über den ursprünglich polnischen Vorschlag, den Angriffskrieg zu verbieten, in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Propaganda in der gleichen Richtung entstanden. Ihr gegenüber hatte Anfang und Ende (9. und 26.) November das „Weiße Haus" noch erklärt, bei aller Sympathie für den Gedanken wäre das nicht zu machen, den Angreifer festzustellen sei zu schwierig, ja, Coolidge ging soweit, zu erklären, bei Fragen nationaler Ehre dürfe ein Staat, der sich einem Schiedsverfahren entzieht, nicht als Angreifer betrachtet werden. Die Regierung Coolidge behielt sich also damals das Recht auf Kriegführung vor.

Geführt von Senator Borah, dem Vorsitzenden des auswärtigen Senatsausschusses, setzte dagegen die pazifistische Opposition ein. Sie hat mit ihrer Propaganda erreicht, daß Kellogg nunmehr, in der Antwortsnote an Frankreich, erklärt:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, mit der französischen Regierung über den Abschluß des Vertrages unter den wichtigsten Staaten der Welt zu beraten, den alle Nationen unterschreiben könnten, die den Krieg verdammen und auf ihn verzichten zugunsten der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte. Wenn die französische Regierung sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten und den anderen wichtigsten Mächten in einen alle bindenden Vertrag einzutreten gedenkt, werde ich mich glücklich schätzen, sofort die Besprechungen für die Vorbereitung eines Vertragsentwurfes nach den Vorschlägen Briands zu eröffnen. Dieser Vertragsentwurf könnte dann von Frankreich und den Vereinigten Staaten den anderen Mächten der Welt unterbreitet werden."

Der Entwurf eines solchen allgemeinen Antikriegsvertrages ist der Note beigefügt und England und Japan bereits übermittelt worden; auch die anderen Mächte — auch die von Amerika nicht anerkannte Sowjetunion? — sollen ihn erhalten. Er ist jedoch noch nicht veröffentlicht.

Das endgültige Urteil über den amerikanischen Friedenspakt-Vorschlag muß vorbehalten bleiben. Insbesondere ist fraglich, wie weit er eine bindende Verpflichtung enthält, Waffengewalt untereinander nicht anzuwenden. Hält der Inhalt, was die Ankündigung verspricht, dann hätte die Regierung Coolidge das internationale Verdienst, einen Schritt über den Völkerbund hinaus getan zu haben — über einen Völkerbund, der den Krieg noch immer als letztes Mittel der Politik vorsieht. Aber auch wenn statt einer gegenseitig bindenden Verpflichtung der amerikanische Vorschlag nur eine gemeinschaftliche Willenserklärung gegen den Krieg enthielte; auch dann böte sich für die absolutistischen Regierungen der Welt eine Gelegenheit, diesen Rechtsfortschritt zu sabotieren: Wie wird sich insbesondere das faschistische Italien verhalten? Wird sich Moskau an einem, von einem hochkapitalistischen Staat vorgeschlagenen Friedenspakte beteiligen?

Der Vorschlag einer allgemeinen Friedenserklärung geht von der herrschenden Partei der Vereinigten Staaten aus. Sie hofft damit, ihre Wahlaussichten zu verbessern. Das ist ein erfreuliches Zeichen für die Stärke des demokratisch-pazifistischen Gedankens. Aber dieser Vorschlag ist kein Vorstoß unmittelbar für die Abrüstung, die einzig in der Lage ist, den Frieden zu sichern. Und die internationale Diskussion, die sich nunmehr entwickeln wird, bringt die Gefahr mit sich, daß das entscheidend wichtige Abrüstungsproblem in dem Nebel völkerrechtlicher Auseinandersetzungen verschwindet. Das Ungenügende und Vorläufige des amerikanischen Vorschlages hervorzuheben, ist daher die nächste demokratisch-sozialistische Aufgabe.

Persien zwischen zwei Feuern

Die englisch-russische Rivalität im Mittleren Osten.

Die kleinen Staaten des Mittleren Ostens haben augenblicklich politisch kein leichtes Leben. Ganz gegen ihren Willen sind sie in den Konkurrenzkampf zwischen Rußland und England hineingeraten. Dabei haben sie alle andere Interessen, als sich für einen oder den anderen der Rivalen zu erklären. Ihre Lebensnotwendigkeiten drängen sie zu einer strikten Neutralität, denn das Recht der Selbsterhaltung fordert von ihnen zunächst ihren kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau, bevor sie in den Stand versetzt werden, sich aktiv an der Politik des Mittleren Ostens zu beteiligen.

Vor kurzem war die Türkei in Gefahr, zwischen die englisch-russischen Mühlsteine zu geraten. Heute ist Persien an der Reihe, trotzdem es alles tut, um Konflikte zu vermeiden. Jetzt hat die Teheraner Regierung ein Wirtschafts- und Garantieabkommen mit Rußland abgeschlossen. Aus Liebe zur Sowjetregierung ist das nicht geschehen, denn die Neigungen des Schahs gelten nicht den Bolschewisten, sondern Mussolini. Die persische Wirtschaft braucht aber Rußland dringend sowohl als Lieferanten wie als Abnehmer. Kaum hat sich das Verhältnis zu dem russischen Nachbar einigermaßen freundlich gestaltet, so erscheint England mit seinen Wünschen auf dem Plan. Unmittelbar nach der Ratifizierung des russisch-persischen Abkommens, in dem die strittigen Fragen über den Handel, den Transitverkehr, die Sicherheit an den Grenzen und die Fischereigerechtsame im Kaspischen Meer geklärt wurden, hat der Teheraner englische Gesandte in einer Note die Erfüllung von vier britischen Wünschen gefordert, die indirekt eine deutliche Spitze gegen Rußland tragen.

Der erste: die Schuldenreglung an England, ist bei dem augenblicklichen Stand der Landesfinanzen ein Ding der Unmöglichkeit. Das Verlangen bedeutet in Wirklichkeit nichts weiter als ein Druckmittel. Der Zorn Rußlands richtet sich daher auch gegen die drei anderen Wünsche, die bei den jetzigen Beziehungen zwischen Rußland und England tatsächlich eine Bedrohung der russischen Position nicht nur in Persien, sondern in Asien bedeuten. Ihr wichtigster ist die Freigabe der Häfen des Persischen Golfs für den Luftverkehr von England nach Indien. Rußland hat das größte Interesse daran, den Bau dieser wichtigsten Etappe des Luftweges nach Indien zu verhindern, denn es weiß sehr wohl, daß hierbei nicht nur wirtschaftliche, sondern auch machtpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Verkehrstechnik wäre eine Route London—Indien über Europa, Rußland, Persien billiger und bequemer. Aber England will diesen Weg unter seiner Kontrolle halten. Es hat deshalb die Etappen durch ein Gebiet gelegt, das ganz oder teilweise unter seinem Einfluß steht mit Gibraltar, Malta, Kairo, Jerusalem, Bagdad als wichtigsten Meilensteinen. Durch die Weigerung Persiens, britischen Flugzeugen das Ueberfliegen und die Landung zu gestatten, bleibt das großangelegte Werk vorläufig nur ein Torso.

Die Anerkennung des Irak durch Persien ist keine Prinzipienfrage, sie bedeutet nur für Englands wichtigsten Vasallen die Beseitigung unangenehmer Grenzstreitigkeiten und die Beendigung der die innerpolitische Entwicklung des Irak sehr störenden Frage der schiitischen Opposition gegen König Faisal. Die Wiedereinsetzung des Scheiks von Arabistan, Chaissal, in seine Rechte hat für die innere Ruhe Persiens sehr unangenehme Konsequenzen. Chaissal ist ein Parteigänger Englands, der in Südpersien großen Einfluß besitzt und der jederzeit, wenn es England gefällt, wieder gegen die Zentralisierung losgelassen werden kann.

Das persische Außenministerium, das von dem Rußlandfreund Timur Tasch geleitet wird, ist durch den englischen Vorstoß in große Verlegenheit geraten. Persiens Interessen würden nicht gefährdet werden, wenn es die englischen Wünsche auf Freiheit des Flugverkehrs erfüllt und über die übrigen Forderungen würde England schon mit sich reden lassen. England kann sich hierbei sogar auf einen Präzedenzfall berufen, denn Persien hat Rußland bereits eine Konzession dieser Art durch ein Abkommen über den Luftverkehr auf der Strecke Baku—Teheran gemacht.

Eine Erfüllung des englischen Verlangens würde nur dem Grundsatz der unbedingten persischen Neutralität entsprechen. Nichtsdestoweniger schäumt die russische Presse vor Wut über, und richtet hierher ein Trommelfeuer von Beschwörungen und Drohungen. Das störte die Russen aber nicht, eine offizielle persische Wirtschaftsdelegation, die unter der Führung des Präsidenten der Teheraner Handelskammer zurzeit in Moskau weilt, mit Liebenswürdigkeiten und Ehrungen zu überschütten.

Trotz aller in den Jahren dauernder Bedrängnis erworbener Routine sind die persischen Politiker noch nicht auf das Mittel gekommen, sich aus der augenblicklichen Klemme herauszuwinden.

Sie tun zunächst das Nächstliegende. Sie verhandeln, um Zeit zu gewinnen und schieben sich eine Entscheidung für den Augenblick auf, in dem die Gefahr, daß Persien von der anderen Partei direkt geschädigt werden kann, am wenigsten drohend ist. Ein Verfahren, das verständlich ist, vor allem nicht des Reizes für Liebhaber diplomatischer Künste entbehrt. Betrübend ist nur, daß die ganze Affäre auch wieder erkennen läßt, auf welch schwankenden Grundlagen der internationale Friede ruht und wie dieses schwache Fundament noch ständig durch ein System falscher Prestigepolitik und widersinniger Auslegung wirtschaftlicher Interessen derart unterhöhlt wird, das einmal doch Katastrophen eintreten müssen.

Neuwahlen in Japan

Es wird uns geschrieben:

Die japanischen Wahlen, die in nächster Zeit stattfinden, werden zum erstenmal im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts vor sich gehen. Seine Einführung hat sich im Lande der aufgehenden Sonne im Gegensatz zu den erbitterten Kämpfen um die Demokratisierung Europas fast reibungslos vollzogen. Für die japanischen Staatsmänner hat das leise Grollen des Vulkans genügt, um die Modernisierung des japanischen Wahlsystems durchzuführen. Seiner Anwendung auf das Parlament ist bereits im September eine Generalprobe vorangegangen. Die Provinzialverwaltungen sind mit dem allgemeinen Stimmrecht gewählt worden. Wenn aus dem Ausfall dieser Wahlen sich auf den zur Volksvertretung schließen läßt, dann kann die japanische Bourgeoisie ihrem Ausgang ruhig entgegensehen. Vorläufig wird die rote Flut ihre Herrschaft nicht gefährden. Die Städte werden den Minsuto, den Liberalen, zufallen, während das Land den Seiyukai, den Konservativen, treu bleiben wird. Der allgemeinen Stimmung nach werden die Liberalen mit einem Plus an Sitzen aus den Wahlen hervorgehen, das ihnen die Uebernahme der Regierung möglich machen wird. Die Sozialisten werden wohl zum erstenmal als geschlossene Partei ihren Einzug in die Volksvertretung halten. Ihre Zahl wird zwar nicht groß sein, trotzdem werden die Liberalen mit ihnen rechnen müssen, weil sie kaum über eine so überwältigende Majorität verfügen werden, daß sie die sozialistische Unterstützung ganz werden entbehren können.

Der Wahlkampf ist den japanischen Arbeitern nicht leicht gemacht. Die Konservativen verfügen über den Regierungsapparat und die Liberalen besitzen die Presse und ihre Wahlklassen sind durch Banken und Industrie gut gefüllt worden. Die sozialistische Propaganda wird durch ein vorsintflutliches Vereins- und Versammlungsrecht gehindert und die Bewegung selbst ist geschwächt durch dauernde Auseinandersetzungen zwischen dem sozialistischen und dem kommunistischen Flügel. Die im Jahre 1925 von den Gewerkschaften und den Kleinbauern gebildete Partei der Arbeiter und Bauern, der Rodo Nominto, muß deshalb nach links den Kampf ebenso energisch führen wie gegen die Militär- und Beamtenkaste, die Fabrikherren und die Großgrundbesitzer. Nichtsdestoweniger wird die sozialistische Bewegung von dem demokratischen Zug profitieren, der augenblicklich durch die japanische Politik geht und sie wird endlich den ersten Schritt zur Eroberung des Parlaments tun können, von dem sie bisher durch das Klassenwahlrecht ausgeschlossen war.

Das letzte Jahr hat das Fiasko der imperialistischen Politik Japans mit erschreckender Klarheit zutage treten lassen. Die Liquidierung dieser Passivbilanz wird die Aufgabe der Liberalen sein. Sie werden sich darum zu bemühen haben, die Schäden der Krise zu reparieren und das gesunkene Vertrauen zur japanischen Politik wieder zu heben. Dieses Programm wird ihnen durch eine Reihe äußerer Umstände erschwert werden. Die Lösung des Bevölkerungsproblems setzt den guten Willen der weißen Nachbarstaaten voraus, der zurzeit nicht vorhanden ist. Die Interessen des japanischen Kapitals in China müssen dauernd zu Konflikten mit den sich verstärkenden nationalen Selbständigkeitswünschen des Reichs der Mitte führen. Ein Verzicht auf die vorhandenen Machtpositionen ist für die japanische Bourgeoisie unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich. Eine Politik, die Augenblicksopfer für Erfolge auf lange Sicht bringt, wird weder bei den Massen, noch bei den herrschenden Klassen Verständnis finden.

Die Dinge im Fernen Osten sind zurzeit völlig labil. Sie fordern Geduld, vor allem aber die Möglichkeit des Wartenkönnens, ein politisches Plus, das Japan nicht mehr aufzubringen vermag, weil seine wirtschaftliche Lage sehr schwierig ist und es daher den unmittelbaren Vorteil in jeder Situation suchen muß. Von den Liberalen wird versucht, Japans Führerrolle im Fernen Osten durch ein panasiatisches Programm wiederzugewinnen. Unter dem Vorsitz des Grafen Okuma hat sich auch bereits eine indojapanische Gesellschaft gebildet, die den Kampf gegen die Tyrannei der Angelsachsen predigt. Das Schlagwort wird auf die Dauer nicht ziehen, denn Japan ist aus Gründen der Selbstbehauptung genötigt, mit den schwächeren Völkern des asiatischen Kontinents genau so zu verfahren, wie England und die Vereinigten Staaten mit ihm umspringen.

Die Wahlen werden den Sturz des reaktionären Kabinetts Tanake zur Folge haben. Sie werden auch sicherlich die Ansätze für die neuen Ideen in der japanischen Politik der Verwirklichung näher bringen. Trotzdem wird das japanische Problem in aller Schärfe bestehen bleiben, denn es ist nicht mehr das Problem eines Rechts- oder Linkskurses, sondern das einer Umformung der bisherigen politischen und geistigen Einstellung von Führer und Volk sowie der Einstellung der wirtschaftlichen Organisation Japans auf die im Werden begriffene politische und soziale Neuorientierung des Fernen Ostens.

Kälte fördert das Wachstum

Der Einfluß des Frostes auf die Tier- und Pflanzenwelt. — Arktische Kleintiere von fünffacher Körpergröße. — Die größten Raben im hohen Norden. — Ein Floh, der nur auf Eis lebt. — Blühende Pflanzen im ewigen Schnee. — Karpfen, die der Kälte trotzen.

Tiefe Temperaturen können das Naturleben selbstverständlich stark beeinflussen und mitunter sogar völlig lähmen; aber fast an allen Orten, die durch ihre geopraphische Lage häufig strenger Kälte ausgesetzt sind, haben sich die Lebewesen den veränderten Bedingungen doch recht angepaßt. Anscheinend kann die Kälte bei vielen Tieren und Pflanzen sogar kräftigend, lebenserhaltend und das Wachstum fördernd wirken; kommt es aber doch vor, daß sich bestimmte Tierarten ganz oder in ihren besten Exemplaren auf die kalte Zone beschränkt haben Als besonders bemerkenswerte Beispiele tierischer Anpassung an ständigen Frost müssen in erster Linie die „Kälte-Riesen" gelten, die Tiere, bei denen die Einwirkung der niedrigen Temperaturen einen Riesenwuchs hervorbrachte. Kälteriesen findet man sehr häufig unter den Wassertieren der nordischen und arktischen Meere. Im Nordpolarmeer hat man Quallen gefunden, die bis zu 7 Meter lang geworden sind. Geradezu riesige Ringelwürmer, Polypen, Krebse und Krabben, die sämtlich ihre in südlicheren Meeren lebenden Artgenossen an Größe weit übertreffen, tummeln sich ebenfalls in nördlichen Meeren. Manche dieser Lebewesen, namentlich die Kleintiere, erreichen unter dem Kälteeinfluß das Fünffache ihrer normalen Körpergröße.

Aber auch Landtiere entwickeln in kalten Ländern größere Körperformen. Sehr bezeichnend für den Einfluß des Frostes sind die Veränderungen, die man an Raben festgestellt hat. Die größten aller auf der Erde lebenden Raben befinden sich im höchsten Norden Amerikas und in dem eisigkalten Hochland von Tibet; schon kleine Temperaturunterschiede wirken sich auf das Wachstum aus; der in den Hochalpen heimische Kolkrabe übertrifft nämlich seinen ungarischen Artgenossen ganz beträchtlich an Größe. Messungen haben ergeben, daß der in Alaska vorkommende

Rabe volle 10 Zentimeter länger ist als sein deutscher Artgenosse. Unter den Säugetieren Europas finden sich Kälteriesen besonders beim Iltis, der in Schweden viel größer ist als etwa in Spanien, beim Steinbock und bei der Gemse. Beim australischen Ameisenigel hat ebenfalls eine verhältnismäßig geringe Temperatursenkung eine Vergrößerung des Körperumfanges hervorgerufen; ist doch der auf Neu-Guinea lebende Igel viel kleiner als der in Tasmanien einheimische; auch das australische Känguruh wird, wie die Forschungen Böttichers feststellten, kleiner, je nördlicher es lebt. Ob die Beobachtung, daß größere Tiere bei starker Kälte ihre Körperwärme besser bewahrn können als kleinere, zur Erklärung aller bisher festgestellten Fälle ausreicht, ist allerdings noch recht fraglich. Es gibt nämlich in der Natur auch die umgekehrte Tendenz, und der Kälteriese ist immerhin noch als Ausnahme zu betrachten.

Zu den Beispielen der „Kälte-Veränderung" in der Tierwelt gehört auch die „Kälte-Schwärzung", die man bei einigen Tieren beobachtet und durch lehrreiche Versuche geklärt hat. Durch ständige Abkühlung gelang es zum Beispiel, bei Schmetterlingen eine dunklere Färbung zu erzielen, die zuweilen sogar in schwarze Töne überging. Eine ganz ähnliche Erscheinung zeigte sich auch, als der Forscher Schulz sogenannte „Russenkaninchen" starker Kälte aussetzte. Schon nach vierzehn Tagen hatten sich alle der Kälte unmittelbar ausgesetzten Fellteile tiefschwarz gefärbt. Winterliche Dunkelfärbung kann man an Säugetieren in vielen Fällen auch in der freien Natur beobachten, zum Beispiel beim Reh und noch schöner beim Feh-Eichhörnchen. Häufiger tritt allerdings die winterliche Weißfärbung auf, sie ist besonders kraß beim Schneehasen, Lemming, Hermelin und Polarfuchs zu erkennen. Bei einigen Tieren zeigt sich im Winter Weiß- und Schwarzfärbung zugleich, eine Erscheinung, die besonders am Spiegel des Rehes hübsch zu sehen ist, der sich im Winter weiß färbt und dabei einen schwarzen Rand erhält. Jedenfalls vermag starker Frost Weiß- oder Schwarzfärbung zu erzeugen, da ja auch die Vogelwelt der Polarländer — Pinguine, Eiderenten, Lummen und Alken — hauptsächlich weiß gefärbt ist.

Sehr widerstandsfähig gegen Kälte sind Fische und Frösche, die im Wasser vollständig einfrieren und dabei so glashart werden, daß man sie zerbrechen kann, aber bei langsamem Auftauen dennoch wieder zu neuem Leben erwachen. Karpfen vertragen z. B. noch zwanzig Kältegrade, ohne zu erfrieren! Die Eier von Hummeln können sogar bis zu vierzig Grad Kälte ertragen und Hühnereier 25 Grad. Daß auch Insekten der Kälte gut widerstehen können, zeigen die sogenannten „Schneeinsekten", vor allem der Gletscherfloh, ein ausgesprochener Kälteliebhaber, der überhaupt nur auf Schnee lebt; auch die „Schneewürmer", die Larven des braunen Weichkäfers (Telephorus), scheuen sich nicht vor Schnee und Kälte.

Eine fast unglaubliche Zähigkeit, eine kaum zu überbietende Unempfindlichkeit gegen heftigsten Frost, besitzen aber auch zahlreiche Pflanzen. In der sibirischen Taiga fand der russische Forscher Arseniew eine Baumvegetation, die sechsunddreißig und mehr Kältegrade ohne Schaden vertragen konnte. Nicht nur Nadelbäume — Tannen, Fichten und Lerchen — füllten diesen kältestarken Wald, auch Pappeln, Erlen, Faulbaum, Ahorn und Linden, ja selbst Fliederbäume vertrugen die ungeheure Kälte, ohne zu erfrieren. Daß aber auch Blüten starke Kälte überdauern können, beweisen mehrere unserer Alpenblumen. Wenn der Gletscher-Hahnenfuß, der als die höchstwachsende aller unserer Blütenpflanzen in Höhen bis zu 4000 Metern vorkommt, blüht und scharfer Frost einfällt, so werden seine weißrosa Blüten eishart; sobald aber die Luft milder ist, tauen sie wieder auf — und blühen weiter. Noch besser haben sich die Polarpflanzen der Kälte angepaßt; in der arktischen Zone fand der schwedische Botaniker Kjellmann ein Löffelkraut, das in zum Teil schon erblühtem Zustande einen eiskalten und langen Polarwinter überdauern mußte, jedoch nicht erfror, sondern die Blütenentwicklung ganz normal fortsetzte, als der Sommer kam. „Schneeblüher" finden sich übrigens auch, wenn auch in kleiner Zahl, in unserer Flora. Ihre bekanntesten Vertreter sind die Christrose und das Schneeglöckchen; auch diese Blumen bieten gute Beispiele für die Lebenskraft von Blüten, die, von Schnee und Eis umgeben, sich dennoch gesund fortentwickeln.

Republik Polen

Lebendig verbrannt. In Rybna, bei Czenstochau, ging die Besitzung des Landwirts Franz Bozek in Flammen. Als der Einwohner Swienca ein bereits brenendes Stallgebäude betrat, um das Vieh zu retten, wurde er von dem brennenden Dach begraben. Er konnte nur noch als völlig verkohlte Leiche hervorgeholt werden.

Geheimnisvoller Mord. In dem im Dombrowaer Revier gelegenen Dorfe Twordowiec ist in seiner Wohnung der 63 Jahre alte Landwirt Peter Nabralik mit Schußwunden in der Brust tot aufgefunden worden. Mit ihm zusammen wohnte sein verheirateter Sohn nebst Frau und ein Viehhüter. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde das junge Ehepaar und der Viehhüter verhaftet.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — **Breslau Welle 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Weiterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Montag, den 9. Januar 1928: 16.00—16.30: Abt. Kulturgeschichte. — 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18.00: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Wohlfahrtspflege. — 18.30: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 19.00: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.05—19.35: Hans Bredow-Schule: Abt. Literatur. — 19,45—20,10: Blick in die Zeit. — 20.10: Wilhelm Busch. (Zum 20. Todestage am 9. Januar 1928). — 21,00—22,00: Moderne Klaviermusik. — Anschließend: Die Abendberichte und Berichte des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Dienstag, den 10. Januar 1928: 15,45: Kinderstunde. — 16,30—18,00: Unterhaltungskonzert. — 18,00: Zeitgemäße Wirtschaftsfragen. — 18,30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19,00—19.30: Hans Bredow-Schule. Abt. Kunstgeschichte. — 19,30—20,00: Die Uebersicht. Berichte über Kunst und Literatur. — 20,10: Uebertragung aus Gleiwitz: Liederstunde. — 20,50: Der Dichter als Stimme der Zeit. — 21,30—23,00: Schallplattenkonzert.

Kattowitz — Welle 422.

Montag. 16,20: Berichte. — 16,40: Polnischer Sprachunterricht. — 17,05: Berichte. — 17.20: Uebertragung aus Krakau. — 17,45: Uebertragung aus Warschau. — 18,15: Konzertübertragung. — 18.55: Verschiedene Nachrichten. — 20,30: Uebertragung aus Warschau. — 22.00: Berichte. — 22.30: Konzertübertragung.

Dienstag. 16.20 und 16,40: wie vor. — 17.05: Berichte. — 17.20: Geschichtsstunde. — 17.45: Uebertragung aus Warschau. — 18.55: wie vor. — 19,35: Vortrag. — 20.30: Uebertragung aus Warschau. — 22.00: Tägliche Nachrichten. — 22.30: Konzertübertragung.

Warschau — Welle 1111.

Montag. 11,40: Verschiedene Berichte. — 16,40: Vorträge. 17.45: Kinderstunde. — 18.15: Uebertragung von Tanzmusik. — 18.55: Berichte. — 19.35: Französischer Unterricht. — 20.30: Abendkonzert. — 22.00: Tägliche Nachrichten.

Dienstag. 11,40: Berichte. — 16.00: Vorträge. — 17.45: Kammermusik. — 18.55: wie vor. — 19.35: Vortrag. — 20.30: Abendkonzert. — 22.00: Tägliche Berichte. — 22,30: Uebertragung von Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Montag. 11.00: Vormittagsmusik. — 16.15: Nachmittagskonzert. — 17.30: Jugendstunde. — 18.30: Ueber die Phantasie. 19.00: Ueber körperliche Betätigung im Winter. — 19.30: Ein österreichisches Salzbergwerk vor 2500 Jahren. — 20.05: Abendkonzert.

Dienstag. 11.00: Vormittagsmusik. — 16.15: Nachmittagskonzert. — 18.00: Ueber zwei Grundelemente der musikalischen Darstellung. — 18.25: Die Opernredoute am 14. Jänner. — 18.30: Stunde der Kammern für Arbeiter und Angestellte. — 19.00: Französischer Sprachkurs V. — 19.30: Englischer Sprachkurs V. — 20,05: Wilhelm Kienzl-Abend.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Dienstag, den 10. Januar, findet ein Vortrag des Genossen Sobel über die „Hohe Tatra" mit Lichtbildern, um 7½ Uhr, im Saale des Zentralhotels, statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwünscht.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Siemianowice. „Freie Sänger" („Freiheit"). Zum Chorkonzert am 15. Januar, nachm. 4 Uhr, finden auch am Mittwoch und am Freitag wichtige Chorproben statt. In der Probe am Mittwoch wird der Chor aus der Bruchschen Glocke mit Solisten und Klavierbegleitung geprobt. Das Erscheinen aller Sänger und Sängerinnen ist unbedingte Pflicht.

Nickischschacht-Gieschewald. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 15. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Gasthause Gieschewald die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes und des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent Kamerad Ritzmann. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Eine neue Form des Rauschgift-Handels.

Umfassende Maßnahmen der Behörden haben den Rauschgifthandel in Berlin eingedämmt.. Es ist nicht mehr so leicht, sich eine Prise Morphium oder Kokain zu verschaffen. Aber Not macht erfinderisch. In jenem Teil des Berliner Tiergartens, der vor dem Brandenburger Tor liegt, beobachteten Kriminalbeamte einen Mann, der dort dauernd auf und ab patrouillierte und manchmal mit einem Passanten, den er ansprach, im Dunkeln verschwand. Der Verdächtige wurde festgenommen. Und bei der Leibesvisitation fanden sich zwei leere Flaschen und eine Injektionsspritze, in der Spuren von Kokain- und Morphiumlösungen festgestellt wurden. Der Verhaftete hatte eine neue Form des Rauschgifthandels erfunden. Er machte aus den Giften, die er sich verschaffen konnte, gebrauchsfertige Lösungen und verabreichte jedem, der ihm zwei oder drei Mark zahlte, an Ort und Stelle eine Einspritzung. Das Geschäft scheint gut gegangen zu sein, denn als der Händler festgenommen wurde, hatte er bereits „ausverkauft". Bezeichnend für die Manipulationen dieses Menschen ist der Umstand, daß er alle Einspritzungen mit der gleichen ungereinigten Spritze vornahm. Viele seiner „Kunden" haben Blutvergiftungen davongetragen. Das Thema „Großstadtlaster" ist um ein neues, schauriges Kapitel bereichert.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice. Kościuszki 29.





Werbet ständig neue Abonnenten!

